INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

19. Oktober
1995

Nr. 348

schnell
schnell schnell
Werner !

Knastkundgebung

21.10.95 Altmoabit ab 14 Uhr

Diese Ausgabe hat sich den theoretischen Schwerpunkt "Gesellschaftliche Modernisierung" gesetzt. Ihr findet dazu 3 längere Texte, mit der Bitte , euch die Mühe zu machen, sie auch durchzulesen. Wir möchten an dieser Stelle denn auch einmal eine eindringliche Aufforderung an die diversen Gruppen des Autonomen Kongresses richten., über ihre Ergebnisse und nachfolgenden Erfahrungen zu berichten. Tut sich da noch was, oder nicht? Ein Foto auf dieser Seite erreichte uns von Knut Folkerts aus Anlaß seiner Freilassung. Welcome back, und Wann kommen die anderen?

Josefstrasse 3-4

ALLES WIRD KNUT

■ Justiz

Lauschen legal

Hamburg (dpa) – Der Bundesgerichtshof hat nachen einem *Spiegel*-Bericht in einem Fall den sogenannten Großen Lauschangriff gebilligt. Danach entschieden die Bundesrichter in einem Verfahren gegen Journalisten der linken Zeitschrift *Radikal*, daß Abhöraktionen mit Wanzen in Wohnungen nicht nur zur Abwehr unmittelbarer Gefahren zulässig seien. Derartige Aktionen dürften auch „repressiv“ bei der Strafverfolgung verwertet werden, heiße es in der bislang unveröffentlichten Entscheidung.

Impressum
V.i.S.d.P.:
Charlotte Schulz, Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlion
Redaktionsanschrift: s. o.

Eigendruck im Selbstverlag

PDS mobil

■ Der Wahlkampf als Gemüseschlacht

Die gestrige Straßenschlacht zwischen der Spaßguerilla KPD/RZ und der AG junge GenossInnen der PDS übertraf alle Erwartungen. In der mehrstündigen Auseinandersetzungen auf dem Kreuzberger Heinrichplatz wurde die PDS mit Tomaten, Eiern und Wasser attackiert, kurz darauf entführten Kommandoeinheiten die Spitzenkandidaten des Gegners. Erst mit Verspätung konnte der Kampf in den „friedlichen“ Disziplinen wie Club-Cola-Kampftrinken oder sinnlose Politikerreden beginnen. *Foto: Rolf Zöllner*

Inhalt

Ordner

10000 Watt gegen Moabit

Knastkundgebung für Werner Konnerth und Benjamin Ramos Vega am 21.10.95 ab 14 Uhr in Moabit mit den Bands Female Trouble, Testers, Payback und anderen

Am 13.6.95 ließ die BAW (Bundesanwaltschaft) zeitgleich über 50 Privatwohnungen, Häuser, Arbeitsstätten und linke Projekte in 8 Bundesländern durchsuchen. Betroffen waren dabei außerdem ein Frauenbuchladen und eine Praxisgemeinschaft in Bremen, das Antifa-Cafe in Köln und der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen in Neumünster. Gerichtet waren die Razzien gegen die Zeitung "radikal", die militanten Gruppen AIZ (Anti-imperialistische Zellen) und K.O.M.I.T.E.E. und eine Frau, die der Unterstützung der RAF (Rote Armee Fraktion) verdächtigt wird.

Eine kurze Beschreibung der kriminalisierten Projekte :

radikal : Die radikal entstand 1976 als Teil einer Kommunikationsstruktur innerhalb der linksradikalen/autonomen Szene. Vor allem in den 80er Jahren, zur Zeit der Häuserkampf- und Anti-Akw-Bewegung, war die radikal eine der wenigen Zeitungen, in der militante Politik unzensiert diskutiert werden konnte. Etwa in der selben Zeit erfolgte dann der erste größere Schlag des Staates gegen diese Art der Kommunikation. Gegen Buchhändler-Innen und linke Läden, die die radi verkauft hatten, wurde mit dem Gesinnungsparagraphen 129 (a) ermittelt. Aufgrund dieser Erfahrungen ging die Radikal 1984 in die Illegalität. Die Razzien des 13.6.95 haben insofern eine neue Qualität, daß a) eine ganze Zeitung kriminalisiert wird, und nicht mehr einzelne Artikel, bzw. die Vertriebsstruktur und b) konkret gegen die angeblichen MacherInnen der radikal vorgegangen und daraus die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129), sowie Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a) abgeleitet wird.

Kommt deshalb zur Knastkundgebung
am : 21.10.95
um : 14 Uhr
wo : am Knast in Moabit (Alt-Moabit / Rathenower Straße ,

Die Terroristen sind die, die Abschiebeknäste bauen, nicht die, die sie sprengen !!!
Lebt und lest radikal !
Freiheit für Werner, Ralf, Rainer, Andreas und Ulf !!!
Liebe und Kraft den Gesuchten !!!

K.O.M.I.T.E.E. : Das K.O.M.I.T.E.E. ist eine militante Gruppe, die am 27.10. 94 das erste Mal in Erscheinung trat.
Damals brannte in Bad Freienwalde ein Gebäude der Bundeswehr. In dem Bekennerschreiben wurde die Aktion mit der deutschen Unterstützung im Krieg gegen die KurdInnen in der Türkei gerechtfertigt.
Am 11.4.95 wurden auf einem Parkplatz in Berlin-Grünau von einer Polizeistreife zwei Fahrzeuge entdeckt, in denen sich eine selbstgebaute, einsatzbereite 120-Kilo-Bombe, Ausweise, Autokennzeichen und Warnschider, die mit K.O.M.I.T.E.E. unterzeichnet waren, entdeckt. Diese fehlgeschlagene Aktion sollte der Sprengung der Baustelle eines neuen Abschiebeknastes in Grünau dienen.

antirepressionsbüro c/o PDS Kreuzberg
Dieffenbachstraße 33, 10967 Berlin
Bürozeit: Mo. 18°°-20°° Uhr, Fr. 12°°-14°° Uhr
Tel.: 030-694 92 54, Fax: 030-694 93 54

Sofort wurde die Fahndung nach Bernhard, Peter, Thomas und Beate eingeleitet. Beate wurde, nachdem sie sich mit einer Anwältin bei der Polizei gestellt hatte, festgenommen und wenig später freigelassen. Die anderen drei sind seitdem auf der Flucht. Durchsucht wurden damals neben den Meldeadressen der Beschuldigten auch vermutete Aufenthaltsorte, Wohnungen des vermuteten Freundeskreises und ein Hof in Neu-Trebbin in Mecklenburg-Vorpommern.
Die Durchsuchungen am 13.6.95 waren auch gegen Leute gerichtet, denen Verwicklungen in die Aktivitäten des K.O.M.I.T.E.E., bzw. persönliche Nähe zu den Gesuchten vorgeworfen werden. Mit diesem Grund drangen die Bullen auch eine Woche später, am 20.6. in den Nachbarhof bei Neu-Trebbin ein.

AIZ : Die "Anti-Imperialistischen Zellen (AIZ)" sind eine militante Gruppe, die sich seit 1992 zu Anschlägen u.a. auf Politiker bekennt. Von großen Teilen der Linken werden sie wegen der angeblichen Ungenauigkeit ihrer Zielsetzung (Panik in der Elite der BRD zu verbreiten), ihren Aktionsformen und ihrer positiven Bezugnahme auf islamische Fundamentalistengruppen kritisiert.

Seit dem 13.6. sitzen also 4 Leute, Werner, Ralf, Andreas und Rainer, im Knast. Ulf ist wenig später wegen Aussageverweigerung zu 5 Monaten Beugehaft verknackt worden.
Gegen 21 Bekannte sowie weitere Unbekannte wird ermittelt, 7 sind auf der Flucht und zwei sind wegen Plakatieren von Verfahren betroffen.
Unser Freund und Genosse Werner sitzt jetzt seit über vier Monaten im Knast, seit einer Weile in Moabit. Er unterliegt, wie die anderen vier auch, dem 8-Punkte-Programm (Iso-Haft etc.). Zeigen wir ihm, daß es Leute gibt, die ihn nicht im Knast verschimmeln lassen !

WIR ALLE SIND RADIKAL !

BESETZT

DAS **JETZT !**

Aufruf des
Linksradikalen KleingärtnerInnenvereins Invalidenstraße

RETTET DEN TIERGARTEN
VOR DEN MENSCHENPLÄNEN !!!

Heute hat die Abriß-Birne unseren armen Tiergarten angestochen. Nachdem vom Kotzdamer Platz aus schon mit Bauchemikalien unser Grundwasser vergiftet ist, soll nun der Monsternnegamaximal -Baurummel erst richtig losgehen und unsa Bärlin zur Hauptstadt verwüsten. Das City-Klima wird sich durch die Riegelblockbebauung um zwei Grad erwärmen. Die projektierten Tiergartentunnel münden am neuen, an Europas größtem und überflüssigstem Zentralbahnhof Lehrter Straße. In der Invalidenstraße wird jetzt schon gebaut und auf- und abgerissen.

Zum Glück gibt es, wie für uns gemacht, ein wunderhübsches, herbstbuntes, *kleines galliges Dorf* gleich gegenüber der Hauptstadt-Baustelle, sozusagen mitten in ihr drin - mit S-Bahnanschluß: vis @ vis des abrißbedrohten Lehrter Stadtbahnhofs (Ausgang verlegt, daher: links, links; Eingänge Fußweg ab Ampel Ecke Invaliden/Lehrter & ARGE-Einfahrt, zwischen Brücke und Lehrter Straße) 1 Station von Bahnhof Friedrichstraße Richtung Zoo. Die nun leeren Hütten und Häuschen der LaubenpieperInnen im Herzen der Bestie (leider z.T. von irgendwelchen Idioten schon vandalisiert, aber meist trocken und mit wenig Aufwand instandsetzungsfähig) warten nämlich nur darauf, daß wir sie unverzüglich als WIDERSTANDSDORF beziehen und hiermit ein Signal gegen die Zerstörung unserer Stadt, und die allenthalben um sich greifende Vernichtung des lebenswichtigen Grüns von Kleingärten setzen. Übrigens ist die Invalidenstraße vor den Kleingärten schon prima durch extensive Bautätigkeit (baulogistische Tieferlegung der Straße) "verbarrikadiert". Werkzeug, Gartengeräte, Baumaterial und Brennholz liegen z.T. noch rum. Weitere leerstehende Gebäude in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Fünf Jahre nach der Vereinnahmung der ersten sozialistischen Republik auf deutschem Boden durch den kapitalen Big Brother McWest, ist der Deutschgrößenwahn ins Unermeßliche gestiegen. Schon marschieren wieder deutsche Söldaten im Ausland und fliegen deutsche Höllenmaschinen an fremden Himmeln.

Aber auch der Himmel über Berlin ist düsterer und die Berliner Luft dicker geworden. Die Sicht wird allenthalben von Baukränen versperrt und wie lästige Hornissen plagen uns tagaus tagein die Fluggeräte der neuen Großstaatsmacht und Speckulanten. Menschenverachtende Monsterpläne werden in den nächsten 10-20 Jahren aus Berlin solch ein Metropolis machen, daß kein Mensch unsere Stadt wiedererkennen wird.
Zu diesem Zweck soll die Spree umgeleitet werden, riesige Tunnel unter die grüne Lunge der Stadt, den Tiergarten, gebaut werden und ein höchst überflüssiges Regierungszentrum im gleißnerischen Protzneubau entstehen, das alle Maße sprengt. Gleichzeitig wird die Innenstadt entvölkert und ein Büro- und Konsumklotz neben den nächsten gesetzt.

Der größte architektionische Mist und Quatsch wird uns dabei noch als eine Glanzleistung und Großtat der *Arschkriech*tektur verkauft.

Das Hauptstück aber ist der neue Hauptbahnhof in Tiergarten, der auf dem Gelände des *Lehrter Stadtbahnhofs* und ausgreifend drum herum, angrenzend zum geplanten *Regierungsviertel* entstehen soll, und an Gigantomanie nicht zu übertreffen ist. Der verschandelte *Reichstag* könnte gleich mehrfach darin verpackt werden.
Der *Lehrter S-Bahnhof*, der kürzlich erst mit einem Aufwand von 10 Millionen Mark Steuergeldern als einziger Stadtbahnhof wieder in seinem ursprünglichen Zustand wiederhergestellt wurde, soll zu diesem Zweck ganz abgerissen werden, obwohl er mit Hilfe einiger lumpiger Millionen gerettet und integriert werden könnte. "Einige lumpige Millionen" daher, weil es sich dabei um ein Butterbrot gegenüber dem Milliardenprojekt Hauptbahnhof (= Absahnhof) handelt. Die Baumafia sabbert schon vor lüsterner Erwartung des unermeßlichen Geldstroms. Und die SteuerzahlerInnen - wir alle - dürfen zittern, wieviel Geld die Oberen wiedermal zu ihrem Ruhm und auf unsere Kosten verplempern! Anwohner werden bei diesem Bundesprojekt ja ohnehin nicht gefragt und berücksichtigt. Als erste mußten ab August die *Moabiter KleingärtnerInnen Invalidenstraße* das Feld, äh, die hochsommerlichen Gärten räumen, die unter der Restmauer des in den 50ern abgerissenen Lehrter Stadtgefängnisses, gleich gegenüber dem S-Bahnhof angesiedelt sind. Und das obwohl der Eigentümer Senat 1994 noch Gärten neu verpachtete und die Leute in Sicherheit wiegte: bis 1998 würde nicht gebaut. Geschissen! Aus der Traum vom Grünen in der City!

Der neue Hauptbahnhof ist nicht nur völlig überflüssig, sondern öffnet der Spekulation im Kiez Tür und Tor, und wird eine jahrelange Belastung durch die Bautätigkeit für die AnwohnerInnen der *"Zille-Siedlung"* und Lehrter Straße bedeuten, von der permanenten Verkehrszufuhr, die ein Zentralbahnhof mit sich bringt, ganz zu schweigen. Sinnvoll wäre die Aussetzung des gesamten Projekts, ein vollständiger Verzicht auf den größenwahnsinnigen Zentralbahnhof und die Alternative eines dezentralen Schienen- Ringverkehrskonzeptes, wie von den Bürgerinitiativen gefordert. ***Moabit soll kein Bahnhofsvorplatz werden!***

Nochmal zur Lokalität der Kleingärten Invaliden/Lehrter Str.:
Hinter der ehemaligen Knastmauer stehen die Container der Bauplanung von ARGE-Tiefbau. Die *BI Lehrter Straße* hat seit 7.10. *vor* der Mauer in der letzten Laube ein *Vor-Ort-Büro* eingerichtet. Gegenüber dem Altenheim Seydlitzstraße in der Lehrter Str. hat die ARGE-Tiefbau sich übrigens eine eigene Zufahrtsstraße zu ihren Bau-Containern gebaut, die u.a. von hinten an die Kleingärten ranführt, weil die Invalidenstr. ja zu ist. Wenige Fußminuten entfernt liegt der *Betroffenenladen Lehrter Straße* 27-30, wo mensch Einsicht in die Pläne der Bebauer/Stadt-Versauer nehmen kann (Mo.-Do. 14-17 Uhr und länger). Eine Straße weiter ist der *Anarchistische Laden (A- Laden)* in der Rathenower Straße 22 als radikale Infostelle zu empfehlen (wochentags von 17-20 Uhr), die dort schon seit 1988 angesiedelt ist und im Kiez "mitmischt". Allerdings ist auch die Kruppstraße mit der Bullen-Hauptwache City und ambulantem Knast (& *Abschiebeknast*!!!) zwischen Rathenower-, Perleberger- und Lehrter Straße angesiedelt. Als weitere Attraktionen der Lehrter Straße wären noch die Nr. 35 *"Kulturfabrik"* (täglich geöffnet) mit knorke Kulturangebot (Film, Theater, Mucke, Partykeller, Café etc.), die benachbarte Pizzeria mit prima Mafiakuchen aller Art für ganze 5 DM und das neue Eiscafé zu empfehlen. Auf dem Weg zum anderen Ende der Lehrter kommt die geneigte WandererIn an einem Selbsthilfeprojekt (Nr. 11), an dem mensch sehen kann, was mensch selbst und ohne Baumafia auf die Beine stellen kann, und am kundgebungsgeeigneten (ehem. Frauen-) Knast Lehrter Straße vorbei. Zum Amtsgericht und Knast Moabit ist's auch nicht weit. Don't worry, be happy!

Wir erwarten Euch also alle zum *Einheiz-Straßenbummel*: Sightseeing vom S-Bahnhof an der Invalidenstraße in die *Lehrter, der billigen Prachtstraße für die Zukunft*. Stecken wir den Herrschenden ein Licht auf: bringt Kerzen, sonstige Beleuchtungsmittel, Schlafsäcke und Warmes mit! Laßt uns eine heiße Herbst-Fete feiern, denn es wird kalt in Deutschland. "Besuchen Sie uns, solange es noch geht!" Yippie!!! *Für einen bunten Indian Summer in Bärlin!*

ES LEBE DIE FREIE REPUBLIK MO@BITCH.
WEDER ZENTRALSTAAT NOCH ZENTRALBAHNHOF !
KEINE TIERGARTENTUNNEL !!
BONNZEN BLEIBT IN BONN !!!

V.i.S.d.P. Klara Franke, Lehrter Str. 55, 10559 BÄRLIN

KEMMER

FREITAG DER 13. - EIN GLUCKSTAG FUR HELMUT UND DIE BAU-MAFIA

Erster Spatenstich für die drei Tiergartentunnel, Großveranstaltung auf dem ALEX - zweifache erfolgreiche Machtdemonstration "unseres" Kanzlers, zweifach erbärmliches Auftreten der Restopposition in dieser Stadt.

KEMMER

DEUTSCHER GRUNDBAU

HAFEMEISTER

Die Tiergartentunnel - 5 Milliarden (nach heutigem Stand, erwartungsgemäß werden da mindestens 10 Milliarden raus) in den Rachen der Bauindustrie - um dann später unter dem zukünftigen Regierungsviertel im Stau stehen zu können. Sie klauen uns unser Geld (z.B. wurden die Mittel für die Wiederherstellung der S-Bahn umgeschichtet in den Bau des Autotunnels), klauen uns unsere Fußballwiesen (zukünftige "No-Go-Area" im Regierungsviertel), klauen uns unsere grüne Mitte. Und was tun wir? Sehr viel stärker noch als bei der Oberbaumbrücke ist die radikale Linke nirgends präsent, keine Aktionen, keine Agitation. Der Kampf gegen Europas größtes und dummstes Bauprojekt wird den "ökos" überlassen - und die haben aus den Aktionen an der Oberbaumbrücke vor allem gelernt, daß die Polizei beim "Knüppeln" keine Unterscheidung macht zwischen Linksradikalen und "ökos". Deshalb wurde die Demonstration gegen den Spatenstich bewußt und in enger Absprache mit der Polizei terminlich und räumlich so gelegt, daß sie "unseren" Kanzler bei seinem Spatenstich auch ja nicht stört. Immerhin knapp 2000 Leuten waren dem Aufruf gegen den Spatenstich gefolgt, und hörten sich dann auf der Abschlußkundgebung die Dankesworte eines Aktiven der Anti-Tunnel-GmbH an die Polizei an.

DEUTSCHER GRUNDBAU

FRANKL GRUNDBAU

DEUTSCHER GRUNDBAU

BILFINGER * BERGER

Und wie soll der Tunnelbau verhindert werden? Heute schon können die über 2000 Bäume gerodet werden (sämtliche notwendigen Baugenehmigungen liegen vor und können juristisch nicht gestoppt werden), und die Anti-Tunnel-GmbH freut sich über eine Demonstration mit 2000 Leuten, die sicherlich niemanden in dieser Stadt gestört hat und die die Tunnelbauer locker ignorieren können. Und bei der nächsten harmlosen Demonstration (wenn die Bäume gefällt sind?) "werden wir noch mehr sein, und dann werden die Tunnel gestoppt!" (so zu hören auf der Abschlußkundgebung).

KEMMER

BILFINGER * BERGER

HAFEMEISTER

Also, eins ist klar: die "ökos" setzten voll auf die völlig aussichtslose juristische Schiene gegen den Tunnelbau und setzen ansonsten auf "machtvolle" Demonstrationen, die in Absprache mit der Polizei so durchgeführt werden, daß sie niemanden stören. Eine Vorstellung von Widerstand gibt es nicht.

Und die radikale Linke? Nun, auf dieser Demonstration war sie nicht sichtbar präsent, beim Spatenstich 2 Stunden vorher sowieso nicht und später auf dem ALEX - da waren ein paar Leute da (500 - großzügig geschätzt), um traditionsgemäß "unseren" Kanzler zu begrüßen. Doch auch das hat ihn sicherlich nicht gestört. Der Auftritt des Kanzlers war gut vorbereitet, weiträumige Absperrungen und Einlaßkontrollen schirmten ihn ab vom gemeinen Volk, eine überdimensionierte Anlage sorgte dafür, daß auch akustisch sein Auftritt nicht gestört wurde. Also auch hier - eine gelungene Machtdemonstration, eine harmlose Opposition.

KEMMER

DEUTSCHER GRUNDBAU

FRANKL GRUNDBAU

Wozu ich das alles beschrieben habe? Ich halte den Bau der Tiergartentunnel, die geplante Errichtung des Regierungsviertes im Tiergarten, für die größte städtebauliche Katastrophe Berlins in den nächsten 5 Jahren - und ich kann einfach nicht glauben, daß diese Wahnsinnsprojekte im Herzen der Stadt so reibungslos durchgeführt werden können, wie es zur Zeit aussieht. Wenn hier keine Kämpfe geführt werden, wo dann? Wie können wir dann noch ernsthaft glauben, wir hätten zum Beispiel Eingriffsmöglichkeiten beim Bau des Großflughafens oder des Transrapids. Sie werden ihre Milliardenprojekte zukünftig noch reibungsloser durchführen, und die kleineren Schweineprojekte überall in der Stadt natürlich sowieso.
Warum können die paar Tausend WendländerInnen soviel effektiven Widerstand entwickeln, und wir stecken den Kopf in den märkischen Sand?
Antworten auf meine Fragen habe ich natürlich auch nicht, aber vielleicht gibt's ja noch ein paar Leute mehr, die darüber nachdenken.

FRANKL GRUNDBAU

KEMMER

HAFEMEISTER

BILFINGER * BERGER

Startbahn-West und Wackersdorf lassen sich nicht einfach wiederholen, klar. Aber vielleicht gibt es ja doch zeitgemäße Formen massenhaften Widerstandes, die der Bau-Mafia wenigstens ein bißchen das Leben schwer machen können.

Klara Franke

HAFEMEISTER

Aufruf zur Unterstützung der hoffentlich kriminellen

(terroristischen, gemeingefährlichen, bösartigen, subversiven......)

radikal

Viel kritisiert wird sie. Die Zeitschrift radikal.
Früher sei sie besser gewesen, künstlerischer und kreativer. Sie hätte sich zu sehr auf die Militanzschiene eingeschworen bzw. dies in den letzten Ausgaben vernachlässigt. Eine Bleiwüste mit veraltetem Punk-layout sei eben schwer zu lesen. Das meißte könne mensch woanders früher lesen oder kenne es seit Jahren.

Es wird eingeräumt, mensch wisse ja, daß aufgrund der anzunehmenden Schwierigkeiten einer klandestinen Produktions- und Vertriebsweise eben die Inhalte zu kurz kämen.
All dies und einiges mehr an Kritik scheint berechtigt zu sein. Auch wissen alle, die sie äußern, daß es nicht gerade der beste Zeitpunkt dafür ist. Andererseits kann mensch nicht aus Solidarität die Sachen ungesagt lassen. Allerdings ist es wichtig, die Kritik an einigen Punkten in Relation zu setzen.

Die radikal begreift sich als Diskussionsforum, Informations- und Veröffentlichungsorgan. Wenn sie früher Prozesse innerhalb der Linken vorangetrieben hat, so sollten wir uns die alten Nummern nehmen und etwas von der Power der Kreativität auf uns wirken lassen.
Es scheint richtig zu sein, daß sich die Ausrichtung verlagert hat. Die klandestine Produktion *an sich* ist zum Wert geworden. Die Alternative wäre (und ist) die Einstellung der Zeitung?

Die Möglichkeit, eine Zeitung illegal zu produzieren, ist schon etwas wert, vielen fällt dies vielleicht nicht auf. Was schon immer da war, wird als Teil der Wirklichkeit wenig beachtet. Es scheint im Moment nicht so wichtig, weil es viele Möglichkeiten von Information gibt, zumindest da, wo die Kritik an der radikal so vehement formuliert wird, in den Ballungszentren und Großstädten. Gleichzeitig ist klar, wie's weitergehen könnte, wenn das Konstrukt der Zeitung als krimineller Vereinigung erstmal juristisch abgesegnet ist ...

Die Zeitung begreift sich also als Spiegel der Bewegung. Nur gibt es im Moment nicht sonderlich viel zu spiegeln. Die politische Diskussion einiger militanter Gruppen ist mit der-en Selbstauflösung nahezu beendet; was wiederum möglicherweise Folge des gegenwärtigen allgemeinen Niedergangs der Linken ist.
Die Kritik, die Radi würde nix *neues* bringen scheint erstmal (bis auf diverse Ausnahmen) richtig zu sein. Allerdings trifft dies auch auf die vielen anderen Medien der linksradikalen Szene zu. Auch Interim und Antifa-Info werden nur noch halbherzig durchblättert - zumindest von der Generation ab um die dreißig.

Womit wir beim Thema wären:

Um die dreißig (Trau keinem..) findet in der deutschen Linken nach dem Ende des Krieges offensichtlich in jeder Generation ein Ausstiegsprozeß statt. Nur wenige bleiben als Linke greifbar. Die Gründe hierfür sind oft diskutiert worden. Die Mittelstandskids, die zurückkehren in ihre soziale Sicherheitsklasse. Enttäuschungen, Reifungsprozesse, Arbeit, Kinder etc. .
Nicht zuletzt wichtig ist die Tatsache, daß linke Bewegungen in erster Linie Jugendbewegungen sind. Mensch ist eben mit dreißig anders.
Müssen deshalb so viele von uns privatisieren?

Es ist vorstellbar, linke Strukturen zu behalten und auszubauen, in denen Ältere wichtig sind. Für uns selbst auch die beste Möglichkeit, der fast unentrinnbaren Sinnentleerung und sozialen Isolation bei zunehmender Rückkehr in all das, von dem wir mal aufgebrochen sind, zu entgehen.
Wichtig ist unzweifelhaft der Erfahrungsschatz und das Wissen, was jeder linksradikalen *Jugend*bewegung fehlt.

Es würde einen enormen gesellschaftlichen Machtzuwachs für die Linke bedeuten, wenn Ältere, die z.B. auch nicht mehr nur im Bewegungsghetto verharren, dabeiblieben und alle zusammen sich im lebendigen Austausch befänden.
Hier besteht nun die Möglichkeit die Kritik am mangelnden theoretischen Niveau der Radi konstruktiv umzusetzen.
Die Idee ist, daß alle die Lust haben mal wieder was auf die Reihe zu kriegen, was zu erzählen habensich zusammmensetzen und schreiben.
Der Tatsache, daß die Radi bekanntlicherweise eben nicht so häufig erscheint (was der nächste anzugehende Punkt wäre..) müßte natürlich Rechnung getragen werden.
Es könnten in sich abgeschlossene Geschichten, Erfahrungsberichte, Theoriefragmente, politische Einschätzungen u.ä. geschrieben werden. Und will Mensch dann drüber diskutieren kann dies ja auch über in kürzeren Abständen erscheinende Blätter wie die Stadtzeitungen erfolgen.
Also schnappt Euch die, mit denen ihr sowieso schon lange mal diskutieren wolltet und fangt an zu reden, schreiben, lesen ....

und schickt es an:

radikal:
1. Umschlag NN
Van Ostadestraat 233n
NL - 1073 Amsterdam
2. Umschlag: Z.K.

Grüße an alle die noch nie gegrüßt wurden !!!!!
Und an alle die immer gegrüßt werden!

CASTOR-Alarm

Tag

X^2

Jetzt erst recht!!

Mo 23.10. - Do 26.10.95 jeweils 19.3o Uhr

im "KRÄHENFUß" - Humboldt-Uni

ANTI-AKW-Filmwoche

des Berliner Anti-Atom Plenums/ RefRats der Humboldt-Universität Berlin

KRÄHENFUß (Ostflügel des Hauptgebäudes der HUB)

Ausstellung zu Gorleben vom 23.10.-3.11.95

Clara-Zetkin-Str.

KRÄHENFUß

Unter den Linden

23.10.: Der Geschmack von Freiheit und CS

BRD 1987 - 44min: Der Film dokumentiert die zunehmende Härte der Auseinandersetzungen um die WAA Wackersdorf im Juni 1986

Der Traum von einer Sache : die Freie Republik Wendland

BRD 1981 - 108min: Die Freie Republik Wendland, die es vom 3.Mai bis zum 4. Juni 1980 auf dem Boden der BRD unweit der Grenze zur DDR gab, war nur 44.000 m² groß. Ein unwirtliches, abgebranntes Waldstück, das auch unter der Bezeichnung Bohrloch 1004 bekannt wurde. Doch zu Bohrungen kam es in jenen Tagen nicht...

24.10.: Zaunkämpfe

BRD 1986 - 44min: Ostern 1986 beginnt die Polizei mit flächendeckendem CS-Gas-Einsatz das Testfeld Wackersdorf zu installieren. Zumindest in der Region um Wackersdorf kann dieser Friede nur noch militärisch aufrechterhalten werden. Denn bei nicht wenigen greift die Wut die Hand, die Hand den Stein. Und hält sich der Widerstand nicht ans ungeschriebene Gesetz der Spaltung in militant und friedlich, werden die Grundrechte außer Kraft gesetzt

Zwischenzeit Gorleben 1982-1985

BRD 1985 - 119min: Kein bunter Bilderbogen, der die Kontinuität des Kampfes der AKW-GegnerInnen belegt. Sein Hauptinteresse gilt der Frage, warum dieser Kampf letztendlich verloren ging

25.10.: Auf Wiedersehen in Wackersdorf - Juni 1986

BRD 1986 - 15min: Der Film zeigt und kommentiert die Ereignisse und Aktionen am Baugelände der WAA am 7. Juni 1986. Die Widerstandsgruppen der Oberpfalz hatten zur bundesweiten Teilnahme aufgerufen. Gruppen aus allen Ecken der Republik kommen zum Bauzaun und bringen dort ihre Wut zum Ausdruck, mit Stimme, Stöcken und Steinen, mit Säge und Videokamera

S' Weschpennäscht - Die Chronik von Whyl (1972-1982)

BRD 1982 - 105min: Wirkliche Ereignisse - gleichzeitig über Strecken ein Traum von direkter Demokratie, von Selbstbewußtsein und Selbstorganisation, von haltbarem Widerstand (Anti-AKW-Platzbesetzungen, Radio Dreyeckland...)

26.10.: Wehrt Euch - Brokdorf 19.2.1977

BRD 1977 - 40min: Der Film dokumentiert die Auseinandersetzungen um die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration am 19.2.77. In einer beispiellosen Hetzkampagne versuchten Politiker und Massenmedien die AKW-GegnerInnen, die in Brokdorf demonstrieren wollen, zu diffamieren und zu kriminalisieren. Der Film schildert den Verlauf der Demonstration und belegt durch Interviews und Dokumentarmaterial Übergriffe der Polizei.

Alle Gewalt geht vom Volke aus - Brokdorf

BRD 1981 - 20min: Chronologie der "Demonstration der Hunderttausend" am 28.2.81 in der Wilster Marsch. Zu Beginn ein kurzer Rückblick mit "historischen" Bildern auf 5 Jahre Widerstand gegen den Bau des AKW-Brokdorf. Im Film werden in knappen Sequenzen die Ereignisse des tages dokumentiert.

Angeklagt: wir alle!

BRD 1981 - 45min: Zwei Wochen nach der "Demonstration der Hunderttausend" in Brokdorf leitete die Staatsanwaltschaft eine bundesweite Fahndung nach drei Demonstranten ein wegen "Verdacht auf Mordversuch an einem Polizeibeamten". Ein Foto, das den Vorgang in einer Momentaufnahme zeigt, geht durch Presse und Fernsehen. Die Fahndung hat "Erfolg". Wenig später werden der 19jährige Oberschüler Markus Mohr und der 34jährige Michael Duffke festgenommen. Der verbreitete Verdacht "Mordversuch" - später in Landfriedensbruch umgewandelt - hat als Manöver der politischen Justiz seine Funktion erfüllt. Der Zusammenhang zwischen politischen Gewalttätern und AKW-Gegnern ist in der Öffentlichkeit hergestellt. Im Film werden vor allem die Praktiken von Polizei, Justiz und Medien dokumentiert.

Vorsicht: Lebensgefahr!!

BRD 1986 - 40min: Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl wurde neben Wackersdorf am 7.6.86 auch in Brokdorf - wo die Inbetriebnahme des AKW drohte - bundesweit zu einer Großdemonstration mobilisiert. Im schleswig-holsteinischen Kleve rollten dabei SEK-Kommandos den Konvoi Hamburger AKW-GegnerInnen auf, zerstörten dabei so gut wie alle vornfahrenden PKW und ließen mehrere ausbrennen. Rund 10.000 DemonstrantInnen wurden über Stunden von Brokdorf ferngehalten, wo eine aggressive Bullenübermacht mit CS-Gas-Salven und Großraumhubschraubern die restlichen KundgebungsteilnehmerInnen auseinandertrieb und verjagte. Die staatlichen Instanzen versuchten der Bewegung gleich am nächsten Tag einen weiteren Schlag zu versetzen: mit dem "Hamburger Kessel" wurden erstmalig in der BRD für weit über 12 Stunden "chilenische Verhältnsse" für 800 DemonstranTinnen, die gegen den Bullenüberfall des Vortags demonstrieren wollten, hergestellt. Drei Tage nach dem Kessel demonstrierten in Hamburg 50.000 Menschen gegen das Atomprogramm und die staatliche Repression.

Der 28.10.95 ist bundesweiter dezentraler Aktionstag - sperrt Ohren und Äuglein auf!!

Berliner Anti-Atom Plenum:
jeden Dienstag 19.30 Uhr im Ökodorf, Kurfürstenstr.14
(U1/U2 Gleisdreieck/ Kurfürsten-/ Bülowstr.)

QUATSCH NICHT DUMM RUM,
DER STAATSSCHUTZ GEHT UM !!!!

Die Auswirkungen des letzten großen Schlags des Staatsschutzes sind am Wendland leider fast unbemerkt vorrüber gegangen. Zur Erinnerung:
am 13.06.1995 gab es in mehreren Städten der BRD Hausdurchsuchungen durch den Staatsschutz. Im Mittelpunkt standen die Zeitschrift "radical", das K.O.M.I.T.E.E. und die AIZ (Antiimperialistische Zellen). Ein Wasserschlag, der Wellen zieht.
Ein großangelegter und medienwirksam verkaufter Überfall, um linke Zusammenhänge einzuschüchtern, zu krimminalisieren und auszuforschen.
Jetzt sitzen Leute im Knast und einer in Beugehaft, weil er die Aussage verweigert hat, andere sind auf der Flucht.

Und was hat das mit dem Wendland zu tun ?

In der gesamten Anti-Castorkampagne hat es eine Menge Anschläge auf die Bahn gegeben und vielleicht als momentane Krönung einen Anschlag auf **das** ein Herzstück der Atommülltransportwege - den Verladekran in Dannenberg -..
Eine Welle der lauten und leisen Schadenfreude schwappt durch die Ant-AKW-Bewegung.
Die CDU beschimpft die Bewegung als kriminell, die Betreiber setzen eine Belohnung von 10.000,- DM aus. Letzteres hat eine neu Qualität, ist aber insgesamt nichts neues.
Beschimpfungen und jetzt der Versuch der Bestechung haben uns noch nie gejuckt, verunsichert oder gefährdet.
Was uns gefährdet ist der Dorftratsch und der Stammtisch an dem vermeindliche Helden gekürt werden !!!
Die unheimliche Ruhe vor dem Sturm !?
Es scheint als würde die Gegenseite schlafen. Es gibt keine Hausdurchsuchungen, niemanand wird vorgeladen oder gar festgenommen.
Ein Klima, in dem manch ein Mensch glaubt, im Wendland ist alles möglich, "die kriegen uns eh nicht" u.s.w.
Aber weit gefehlt: Vorsicht ist angesagt !!
Über den Ermittlungsparagraphen 129 a ist es ein leichtes die Telefone abzuhören. Die Technik machts möglich, gesprochenes Wort mittels der Schwingungen von Fensterscheiben zu decodieren. Postkontrolle und Observation sind weitere Stichworte. Kann sein, daß der Nachbartisch in der Kneipe lange Ohren hat, und vielleicht sind auch die altbekannten Zivis und ihre PKW`s, die wir schon alle kennen, durch neue Gesichter ausgetauscht.

ALSO HALTEN WIR UNS AN DIE EMPFEHLUNG VON ANNA UND ARTUR !

HALTEN WIR DAS MAUL !!!

Natürlich bewegen mutige Aktionen unsere Gemüter.
Aber Spekulationen darüber wer, wann und mit wem sich zu was entschlossen hat, haben in Gesprächen nichts verloren.
Von den falschen Ohren gehört, reichen Spekulationen und Gerüchte aus, um uns aufzumischen. Vergeßt nicht, daß wir Sand im Getriebe sind...
und wo es knirscht, da tut´s auch weh.
Es wäre nicht das erste Mal, daß aus Gerüchten Indizien werden und daß daraus wiederum Anklagen und Urteile gebastelt werden.
Wenn alle Tage Sabo-tage sein sollen, dann schweigt fein still, haltet eure Wohnungen, PKW´s und Werkstätten sauber, laßt keine Kippen am falschen Ohrt liegen (Speichel), denkt an die Identifizierung über Mikrofasern von Klamotten an Schuhsohlen und Reifenabdrücke.
Laßt die Ermittlungsbehörden ins Leere laufen!

Wir wollen, daß sie eine sichere Zukunft haben!!

Richtigstellung der Fakten, die das Anwaltsbüro betreffen, aus dem Schreiben der revolutionären Feministinnen in der Interim Nr. 343 vom 14.09.1995

Wir wollen zunächst was zum Selbstverständnis oder besser Nichtselbstverständnis unseres Büros sagen, weil wir glauben, daß es vielen Leuten nicht bekannt ist und häufig falsche Vorstellungen existieren.
Wir sind weder ein Kollektiv noch ein Projekt mit gemeinsamen ausdiskutierten politischen Vorstellungen, welches nach langer gemeinsamer Debatte angefangen hat, zusammen das Büro aufzubauen.
Alle sind hier zu den unterschiedlichsten Zeiten eingestiegen und auch mit den unterschiedlichsten Vorstellungen, über die wir bisher auch nur ansatzweise geredet haben.
Unsere wöchentliche Arbeitszeit ist individuell sehr unterschiedlich, sie reicht von weniger als zehn Stunden die Woche bis hin zu mehr als 50 Stunden. Dies führt u.a. dazu, daß wir uns unterschiedlich gut mitgekriegen.
Wie der EA in der Interim Nr. 344 vom 21.09.95 die Fakten richtiggestellt hat, die ihn betreffen, wollen wir das zunächst auch machen.
Tatsache ist, daß der Mandant, um den es geht, zur Zeit der Mandatsübernahme nicht wegen Vergewaltigung im Knast gesessen hat, wie in dem Papier behauptet wird, sondern in U-Haft wegen Autoschieberei war.
Seit wann Tommy davon wußte, daß der Typ wegen Vergewaltigung vorbestraft ist, darüber gibt es unter uns unterschiedliche und widersprüchliche Wahrnehmungen.
Einige Frauen hatten Tommy in Einzelgesprächen so verstanden, daß er es wußte, als er die Akten wegen des laufenden Verfahrens bekam, während andere aus dem Büro es so verstanden hatten, wie Tommy es selbst in unserer Diskussion nach Veröffentlichung des Schreibens sagte: daß er es wußte, als es um den Termin wegen Führungsaufsicht ging, in deren Folge sich die Diskussion innerhalb des Büros auch entzündet hatte. Das war im Februar dieses Jahres.

Anmerkung zur Institution der Führungsaufsicht:
Diese wird verhängt, wenn Gefangene ihre Strafe vollständig abgesessen haben und ist dazu da, daß staatliche Stellen diese Menschen weiterhin überwachen und kontrollieren können. Sie **muß** in den Fällen von politischen Gefangenen (Verurteilung nach § 129 a StGB) und Mord und **kann** in anderen Fällen verhängt werden, was in der Regel bei Wiederholungstätern passiert. Hier ging es um mehrere einschlägige Vorstrafen wegen Diebstahls, die für das Verfahren zur Führungsaufsicht ausschlaggebend waren. In der Anhörung wegen Führungsaufsicht wird nicht mehr über die Anklagepunkte verhandelt, sondern ausschließlich über die Maßnahmen, die das Gericht dem Gefangenen auferlegt.

In diesem Moment hätte Tommy das Mandat - genau wie die Kollegin - niederlegen, mindestens aber das Büro informieren müssen. Dies war die Kritik des Büros an Tommy, die er akzeptiert hat, und er hat daraufhin das Mandat niedergelegt.
Unsere Schlußfolgerungen und politischen Wertungen dieses Vorgangs sind zwar sehr widersprüchlich, aber keine/r aus dem Büro wollte deswegen nicht mehr mit Tommy zusammenarbeiten.
Bis dahin hatten einige den Konsens "keine Vergewaltiger zu verteidigen" auf aktuelle Prozesse verstanden, in denen es um Anklagen wegen Vergewaltigung ging. Es hatte bisher keine Disskussion gegeben, daß das auch für andere Verfahren gelten soll.

In der Diskussion innerhalb des Büros wurde nun folgendes beschlossen (Auszug aus dem Protokoll der Bürobesprechung vom 3.3.95): "Vergewaltigungsmandate werden nicht übernommen (das war ja eh schon so). Stellt sich im Verlauf eines Mandats heraus, daß der Typ schon mal wg. Vergewaltigung verurteilt worden ist, so gilt folgendes: Wahlmandate werden sofort niedergelegt. Bei Pflichtmandaten gilt, daß die Anwälte versuchen, auch dort herauszukommen. Damit dies nicht erst dann passiert, wenn schon länger (vor Gericht) verhandelt worden ist, soll sofort bei Akteneinsicht auf die Registerauszüge (wo die Vorstrafen vermerkt sind) geachtet werden."
Diese Kriterien sind ohne große inhaltliche Debatte darüber, was Vergewaltigung in dieser Gesellschaft ist und was sie für eine Bedeutung und Funktion hat, festgelegt worden.
Bis dahin war es so, daß gerade bei längeren Verfahren nicht sofort auf diese Auszüge geachtet wurde, weil die erst zum Ende eines Prozesses interessant werden, wenn es um die Strafhöhe geht und dort Vorstrafen natürlich eine Rolle spielen.
Da die politischen Einschätzungen der revolutionären Frauen zwischen uns im Büro sehr umstritten sind, können wir dazu keine gemeinsame politische Erklärung abgeben. Wir wollen darüber auch erstmal unter uns reden, um die einzelnen Positionen zu klären und dann sehen, ob wie unsere Diskussion veröffentlichen.

Eine Frau aus dem Büro setzt sich nicht mit unter diese Stellungnahme. Für sie sind die Fakten, wie sie hier dargestellt wurden, richtig. Aus inhaltlichen Gründen ist aber eine gemeinsame Stellungnahme für sie nicht möglich.

Liebe FrauenLesben !

Wir haben uns überlegt, daß wir gerne einen FrauenLesbenblock auf der Kurdistandemonstration am 18.November 1995 in Köln organisieren möchten.
Wir arbeiten alle schon seit mehreren Jahren in der Solidaritätsbewegung zu Kurdistan in feministischen und internationalistischen Zusammenhängen. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt dabei auf der Auseinandersetzung, Unterstützung und Zusammenarbeit mit den kurdischen Frauen, die (in der YAJK (Yekitiya Azadiye Jinen Kurdistan/Freier Frauenverband Kurdistans) sind. In dieser Frauenorganisation sind kurdische Frauen aus allen Teilen Kurdistans vertreten und sie ist eng verbunden mit der in Kurdistan neu gegründeten Frauenarmee , in der 7000 Guerilleras kämpfen. Einige von uns haben an der internationalen Konferenz der kurdischen freien Frauenbewegung (TAJK; die TAJK wurde in diesem Jahr auf der ersten nationalen Frauenkonferenz in Kurdistan in YAJK umbenannt) am 8.März 1994 in Köln teilgenommen.
Dem internationalistischen Verständnis der kurdischen Frauen nach ist die YAJK und ihr Kampf ihr ausdrücklicher Beitrag zum weltweiten Kampf der Frauen um ihre Befreiung.
Für uns als internationalistische Feministinnen ist die Unterstützung der kurdischen Frauenbewegung ein Teil unserer internationalistischen Arbeit.
Der Krieg in Kurdistan ist ein imperialistischer Krieg. Die BRD steht bei der Forcierung und Unterstützung dieses Krieges an erster Stelle. In diesem Sinne ist es hier sowohl unsere Aufgabe, als auch in unserem Interesse die imperialen Patriarchen an der Durchsetzung ihrer Ziele zu hindern.
Feministischer Internationalismus wächst aus solidarischem Austausch und Kritik und gegenseitigem Ernstnehmen und Unterstützung.
Wir wünschen uns eine breite, solidarische FrauenLesbendiskussion um den Kampf und die Ziele der kurdischen Frauen. Unsere Solidarität wollen wir mit unser Teilnahme an der Demonstration als FrauenLesbenblock zum Ausdruck bringen.

Wir sind hier in Hamburg kräftemäßig nicht in der Lage, einen frauenLesbenblock so zu organisieren, daß bundesweite FrauenLesbenvorbereitungstreffen möglich wären. Wir haben uns daher überlegt, ein Aufrufflugblatt zu erarbeiten und an euch rumzuschicken, ebenfalls würden wir gerne ein Plakat machen. Wir würden vorschlagen, daß ihr, wenn ihr Interesse habt, uns das mitteilt, eure Adresse, Anregungen, Adressen von weiteren interessierten FrauenLesbengruppen etc. schickt. Wir werden uns dann baldmöglichst bei euch melden.
Bis dahin erstmal, mit feministischen Grüßen
BELLA.

Unsere Adresse : Bella c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46 , 20357 Hamburg

Kurdenzentrum, Zossener Str.: Diskussion mit Einlage

Angesagt war eine Diskussion über Antisemitismus, Auslöser ein Artikel in Özgür Ülke (teilweise auch in der Interim abgedruckt), etwa 10 kurdische TeilneherInnen, 20 deutsche. Von kurdischer Seite wurde gesagt, kein kurdischer Bauer würde etwas gegen "das jüdische Volk" haben, es ginge vielmehr um eine weltweit agierende Lobby einflußreicher Juden, die eben auch die türkische Militärregierung gegen den kurdischen Befreiungskampf unterstützten. Gerne hätte ich noch nachgefragt, an welchen konkreten Fakten sie das festmachen, jemand anders wollte wissen, wie sie zum Existenzrecht Israels stünden, außerdem stand der Vorschlag im Raum, über "kurdische" bzw. "deutsche Identität" zu reden, aber da standen auch schon ein hlabes Dutzend Bullen in Kampfmontur im Raum, erklärten, daß die Fenster zu und niemand den Raum verlassen dürfe, Hausdurchsuchung usw. usw., das 5. Mal in diesem Jahr, 3 Stunden Streß mit Personenkontrolle, kompletter Räumung des Hauses (immerhin 150 Leute), wir grade noch noch in der Lage, eine Presseerklärung zu verfassen.
Was sagt uns das Ganze: Jetzt erst recht die anstehenden Diskussionen führen und sich gemeinsam zu wehren.

Kurdisches Zentrum erneut durchsucht

Das Kurdisch-Deutsche Kulturzentrum in der Zossener Straße wurde am Samstag abend im Rahmen einer bundesweiten Razzia gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK von der Polizei durchsucht. Nach Angaben des Zentrums umstellten Sondereinheiten gegen 18 Uhr das Gebäude, in dem sich etwa 150 Besucher einer Diskussionsveranstaltung aufhielten. Die Anwesenden seien bis etwa 22 Uhr festgehalten worden, um ihre Personalien festzustellen. Währenddessen hätten Anhänger der rechtsgerichteten türkischen „Nationalen Aktionspartei" vor dem Zentrum Kurden bedroht. Ein Polizeisprecher begründete den Einsatz mit Verstößen gegen das Vereinsgesetz. Die Beamten seien mit Steinen beworfen worden und hätten einen Mann wegen Landfriedensbruchs festgenommen. tar

DAS **AKTIONSBÜNDNIS W.B.A.BlUp**

c/o: BAOBAB Infoladen Winsstraße 53, 10405 Berlin TeleFax 442 61 74

lädt Sonntag,den 22.10.95 ab 14 Uhr zum ersten politischen Frühschoppen in den BAOBAB Infoladen, ein.

Die Idee zur Inszenierung eines politischen Frühschoppens basiert auf der Anregung mehrerer GenossInnen, welche schlicht und einfach der Meinung sind, daß autonome Politik nicht zuletzt deshalb in der Krise steckt, da sie für "Normalbürger" kaum noch verständlich ist.

Ein mit Sicherheit gravierender Fehler, den Mensch so schnell wie möglich korrigieren muß, um nicht eines Tages in der sich bedingt durch seine eigene "Arroganz" künstlich geschaffenen "Welt" zu ersticken.

Deshalb hat sich das W.B.A./BlUp dazu entschlossen, eine bürgernahe Politik, welche unter Umständen nicht ganz unseren doch sehr oft recht hochgestellten Erwartungen Rechnung trägt, zu machen.

Denn eines sollte mittlerweile allen GenossInnen klar sein:

Betroffen von der "Clear Hauptstadtpolitik"á là Heckelmann, Nagel & Haase wonach sich auch nach den Wahlen nichts ändern wird, sind nicht nur wir, sondern auch die sogenannten "ganz normalen Bürger´s", ohne deren Solidarität wir jedoch unsere Ideale nicht verwirklichen können.

Kommt somit massenhaft, aber bitte mit nicht zu hohen Erwartungen kommenden Sonntag zu uns. Laßt uns gemeinsam versuchen, einen neuen Weg zu suchen und zu gehen. Unser Programm soll einen Anfang machen:

- 14.30 Uhr Kurzes Statement des W.B.A./BlUp zu seiner Arbeit im Kiez

- 15.00 Uhr Volxküche solange der Vorrat reicht

- 16.30 Uhr Video: Wir werden hier wohnen bleiben!
(bisherige Geschichte der Marchsstraße)

- 18.30 Uhr Diskussion zum weiteren Verhalten innerhalb des Berliner HK mit gleichzeitigem"Glotzekieken" um den "Wahlschock" voll life mitzuerleben.

Solibeitrag für den BAOBAB & das W.B.A./BlUp, da beide eben genannten nicht gerade auf der Förderliste des Senates stehen: 2 Märkers.

RACHE! RÄCHE! RÄCHE! RACHE!

ArbeiterInnen zu den Waffen!

Arbeitendes VOLK, heute nachmittag vor 5 Jahren, räumten die Bluthunde Eurer Ausbeuter die Häuser der Mainzer Straße! Warum räumten sie diese? Weil die BesetzerInnen den Mut hatten mit dem Los unzufrieden zu sein, das Eure Ausbeuter ihnen beschieden hatten! Sie forderten Häuser, man antwortete Ihnen mit dem Schlagstock. Eingedenk der Tatsache, daß man damit das VOLK am wirksamsten zum Schweigen bringen kann. Viele Jahre habt Ihr all die Demütigungen ohne Widerspruch ertragen, habt Euch vom frühen Morgen bis zum späten Abend geschunden, habt Entbehrungen jeder Art ertragen, habt Eure Kinder selbst geopfert, alles um die Schatzkammern Eurer Herren zu füllen. Alles für sie! Und jetzt, wo Ihr vor sie hintretet und sie ersucht Euch Häuser zu geben und Wohnungen , da hetzen sie zum dank für Eure Opfer ihre Bluthunde, die Polizei, auf Euch, um Euch mit Tränengas und Knüppeln von der Unzufriedenheit zu kurieren! Sklaven, wir fragen und beschwören Euch, bei Allem, was Euch heilig und wert ist, rächt diesen scheußlichen Frevel der damals an Euren Schwestern und Brüdern begangen worden ist und vielleicht schon morgen an Euch begangen werden wird. Arbeitendes VOLK, steuerzahlende Masse, Du bist am Scheideweg angelangt. Wo für entscheidest Du Dich? Für Wahlbetrug und Sklaverei oder für Freiheit und Rausch? Entscheidest Du Dich für das Letztere, dann säume keinen Augenblick; dann , VOLK zu den Waffen! Vernichtung den unmenschlichen Bestien die sich Deine Herrscher nennen! Rücksichtlose Vernichtung ihnen, das muß Deine Losung sein! Denkt der HeldInnen der Mainzer Strasse, deren Blut den Weg zum Fortschritt, zur Freiheit und zur Menschlichkeit gedüngt, und strebe Ihrer würdig zu werden.!

EURE SCHWESTERN UND BRÜDER

DEMO

12. November '95
13 UHR
Oranienplatz

AG „Autonome Gruppen in/bei der PDS", AG „Schöner Wohnen", „Rote Söckchen" Friedlhain dup, SEK-Kneipenkollektiv, Anti-Repressionsbüro Berlin

V.i.S.d.P. Dusau, Mainzer Str. 198, Bln

§ 129a in Weimar

Neben den 129a-Ermittlungen im Zuge der bundesweiten Hausdurchsuchungen gegen »radikal« »AIZ« und »K.O.M.I.T.E.E« sowie den Ermittlungen in Frankfurt/M. gegen BewohnerInnen der Fritzlaer Straße führt die BAW auch in Weimar mit großem Aufwand Ermittlungen nach §129a - und das bisher weitgehend ohne Beachtung durch die Presse und die Szene.

Anlaß der dortigen §129a-Ermittlungen sind zwei Aktionen gegen die Druckerei der neurechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Im Oktober 1994 war bei einem Überfall auf die Union-Druckerei in Weimar die AbonnentInnendatei der »Jungen Freiheit« entwendet worden und im Dezember 1994 fanden mehrere Brandanschläge auf die Union-Druckerei, Fahrzeuge des Pressegrossisten »Brandenburger Pressevertrieb« und Kioske der Berliner Kette »Wolff« statt, zu denen sich in einem Schreiben »revolutionäre Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen« bekannten.

Nach diesen Anschlägen leitete die BAW ein §129a-Verfahren gegen Unbekannt ein wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« sowie »schwerem Raub, versuchter Nötigung und versuchter Brandstiftung«.

Im Zuge dieses Ermittlungsverfahrens erhielten 10 Leute im April 1995 erst polizeiliche und, nachdem sie diesen nicht gefolgt waren, richterliche ZeugInnenvorladungen. Bis auf eine Person, die ohne AnwältIn nach Karlsruhe fuhr und Aussagen machte, ließen sich alle anderen »angesichts der Bedeutung der Sache und ihrer Unerfahrenheit in rechtlichen Angelegenheiten« entschuldigen, da ihr Rechtsanwalt zum Vorladungstermin nicht verfügbar war.

Daraufhin ordnete die BAW am 1.6.95 die »Zwangsvorführung« der »ZeugInnen« an, ließ 13 Wohnungen und Arbeitsstätten in Weimar durchsuchen und verschleppte 7 Leute, derer sie habhaft werden konnte, auf die Autobahn-Polizeistation Hermsdorf. Dort machten 5 der 7 Festgenommenen unter dem Druck der Situation Aussagen gegenüber dem anwesenden Staatsanwalt.

Wie zu erwarten war, erhielten die beiden, die in dieser Situation die Aussage verweigerten, und die beiden bei den Durchsuchungen nicht Angetroffenen zwei Wochen später eine Vorladung des Ermittlungsrichters am BGH Karlsruhe Bayer mit der Androhung, gegen sie Beugehaft zu verhängen, wenn sie dort keine Aussagen machten. Dieser Vorladung kamen alle vier nach und wurden in Anwesenheit eines Anwalts in Karlsruhe vernommen.

Die Ermittlungen der BAW konzentrierten sich anfangs auf das Ausschnüffeln der Privatsphäre lesbischer Frauen in Weimar, da das BekennerInnenschreiben mit »revolutionäre Lesbenfrauengruppen« unterzeichnet war. Inzwischen spielen bei den Ermittlungen, soweit bisher bekannt, unter anderem ein anonymes Schreiben, in dem eine Person aus Weimar der Mittäterschaft beschuldigt wird sowie ein fingiertes Interview, das zwei Redakteure der »Jungen Freiheit« unter Verwendung von gefälschten Presseausweisen der »jungen Welt« Anfang Dezember mit zwei Weimarer Antifaschisten geführt haben wollen, eine wichtige Rolle. In dem in der »Jungen Freiheit« abgedruckten »Interview« werden den Antifaschisten u.a. Aussagen wie: »Wir waren es nicht. Wir haben nur die Leute aus Göttingen logistisch eingeführt. Wir haben denen das Gebäude gezeigt und so weiter« oder »Die zwei aus Göttingen waren auch schon damals in Gießen aktiv« zugeschrieben.

Offensichtlich versucht die »Junge Freiheit« mit diesem erfundenen Interview gezielt die Göttinger Antifa (M) in das Visier der BAW zu stellen; und die BAW geht gerne und bereitwillig darauf ein.

Bisher gab es aus Weimar leider keine eindeutige Stellungnahme zu diesem »Interview«.

Der Umfang der §129a-Ermittlungen nimmt derweil weiter zu. Personen, deren Namen in den Aussagen einzelner ZeugInnen erwähnt wurden, haben inzwischen auch Vorladungen bekommen. In welchen Umfang auch diese bei der BAW oder der Staatsanwaltschaft Aussagen gemacht haben, war bisher nicht herauszubekommen. Und es ist zu befürchten, daß einzelne, die bisher auch vor der BAW die Aussage verweigert haben, in absehbarer Zeit in Beugehaft genommen werden.

andreas böhm
hinzistobelstr. 34
88212 ravensburg-jva-

unbefristeter hungerstreik ab 1o.1o.95

so, nach dieser verhandlung in bruchsal in der ich angeklagt wurde den leiter der jva-bruchsal rehring für seine schweinerreien die er gefangenen menschen antut geohrfeigt zu haben, bin ich nun wieder in der jva-ravensburg angekommen.
in dieser verhandlung, in der die bestie ihre fratze nach brutaler saalräumung gezwungenermaßen der öffentlichkeit zeigen mußte, waren unter anderem auch christian klar-gefangener aus der raf- von meinem verteidiger als zeuge geladen. nicht nur, das dieses gericht in zusammenarbeit mit dem ministerium und dem al. rehring, alle zeugen, anträge und akteneinsicht ablehnte, wurde christan klar ins knastkrankenhaus hohen-asperg gegen seinen willen verschleppt.
da ich mich nicht in freiheit befinde, um diesem unrechtssystem mit anderen mitteln etwas entgegenzusetzen, und um politische gefangene in der brd wie christian klar einer ist in ihren kämpfen gegen die alles vernichtende maschine zu unterstützen,
gehe ich ab den 1o.1o.95 in den unbefristeten hungerstreik.
christian befindet sich seit dem 1.o9.95 im hungerstreik. seit 4o tagen also kämpft er schon gegen unmenschliche haftbedingungen, und repressionen seitens der exekutive, wie er sie in seiner erklärung zum ausdruck brachte.
ich bin seit über 11 jahren in haft. davon lag ich fast 3 jahre lang mit christian, im selben trakt- zelle an zelle. in diesen jahren habe ich diesen menschen kennen und schatzen gelernt.
wir waren zusammen im hungerstreik für die freilassung irmgard möllers.
es waren jahre in denen wir die letzten zigaretten teilten, unzählige briefe von menschen draußen, und faschistische ablehnungen und verbrechen dieser regierung, dieses system und die auswirkungen der brd-politik gegen menschen hier in den metropolen und im trikont diskutierten.
es waren jahre die wir zusammen mit sonderhof, besuchsverboten, zensur und unter andauernder repressionen verbrachten. jahre wo wir zusammen gelebt, geteilt, diskutiert und gestritten haben. ich habe die schweinereien die sie gegen christian gefahren haben hautnah miterlebt, festgestellt, das er trotz allem aufrecht, kämpfend seinen stolz und seine würde bewahrt hat. so habe ich diesen politischen gefangenen menschen kennengelernt.
erst langsam, dan über wochen, monate, jahre immer mehr. in den letzten wochen haben sie mich andauernd verschubt, dan mußte ich mich auf den prozeß konzentrieren, jetzt ist es meine pflicht christian in diesem kampf zu unterstützen, gegen diese unmenschlichen haftbedingungen und die isolation der christian seit 13 jahren ausgesetzt ist mit dem mittel des hungerstreiks zu protestieren.
und so schreie ichs euch ins gesicht, ihr habt kein recht dazu, weiter tatenlos zuzusehen. christian ist gezeichnet von mehr als einem dutzend langer hungerstreiks, in die er durch die mörderische politik dieser regierung gezwungen wurde. es ist eine lüge des ministeriums, wenn sie behaupten christians gesundheitlicher zustand sei nicht mehr als bedenklich.
seit 13 jahren ist es taktik dieser regierung christian klar mit perversester methoden, die international von allen menschenrechtskommissionen als folter definiert sind, langsam mit bis ins detai durchdachten foltertechniken zu ermorden.
ich fordere daher alle menschen auf dem entgegenzutreten.
für, die zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand.
abschaffung der zensur abschaffung der zensur der verteidigerpost.
freie ärztliche und medizinische versorgung. abschaffung der besuchsverbote dieser andauernden trennung von familie, angehörigen und genossinnen.
freie politische meinungsäußerung, in wort, schrift und bild.
abschaffung der isolationshaft, der besonders gesicherten hafträume, die defakto folterkeller sind.

andreas böhm

gefangener im widerstand

OFFENER BRIEF AN DAS JUSTIZMINISTERIUM DER BRD –AUSSENSTELLE BERLIN– JERUSALEMERSTRASSE

Nachdem sich seine gesundheitliche Situation drastisch zugespitzt **hat, hat der Gefangene aus der RAF, CHRISTIAN KLAR, seinen Hungerstreik** nach 5 Wochen beendet.

Seine Forderungen bleiben.
- Aufhebung der Besuchsverbote
- Aufhebung des Verbots von Besuch von 2 oder 3 Personen
- Aufhebung seines Telefonverbotes
  und die Achtung seines Rechts auf Briefkontakte.

Uns, die sich mit ihm verbunden fühlen, bleibt heute nichts anderes, als Sie hier in der Nähe ihres neuen Justizpalastes zu denunzieren als **POLITISCH VERANTWORTLICHE FÜR ALLE MASSNAHMEN DIESES STAATES, DIE DIE IDENTITÄT UND GESUNDHEIT SEINER POLITISCHEN GEGNER UND GEGNERINNEN ZERSTÖREN SOLLEN.**

Was haben Sie nicht alles versucht in den letzten 25 Jahren, den mutigen und ausdauernden Widerstand der politischen Gefangenen in diesem Land zu zersetzen. Der Hungerstreik von **Christian Klar** ist der Weg des Kampfes gegen die Unterdrückung, des Kampfes für die Freiheit.

Für die demokratischen, wachen und fortschrittlichen Kräfte dieser Gesellschaft hier auf den Strassen in Ostberlin machen wir an dieser Stelle einige Ihrer Verbrechen öffentlich und wir hoffen, daß sich noch einige Rundfunk- und Zeitungsredaktionen finden, die die Wahrheit nicht scheuen und verbreiten.

In dem Gefängnis in Bruchsal(B.-Würtenberg) werden Gefangene **auf Anordnung des Knastleiters REHRING ständig provoziert und anschließend in Beruhigungszellen ohne Waschbecken gesperrt. Wie am 8.7.95, wo 30 Polizisten 3 Gefangene in diese Bunker verschleppten.**
Der Wasserentzug wurde damit begründet, daß dies "angesichts der sommerlichen Hitze zur Beruhigung der Gefangenen beiträgt." Wir und Sie wissen, das ist die Sprache der Folterer weltweit.

Christian Klar schreibt aus Bruchsal im März 95 dazu:
"...Der Knast Bruchsal erfährt diese Umbrüche wie es überall sonst auch ist. Aus dem Justizministerium Stuttgart meldet sich über neue Verfügungen Woche für Woche die inzwischen völlig braun eingefärbte Mannschaft von Schreibtischtätern.."

Sie sind politisch verantwortlich für eine Verfügung des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshofs, Beyer, der im November 94 bei der kurdischen politischen Gefangenen Güler Yurdakul nach einer Gehirnblutung Dauerbeleuchtung in ihrer Zelle anordnete.

Sie sind politisch verantwortlich für die Verhaftung des Kurden Dogan Öszerik in einem Bielefelder Krankenhaus. Er sollte dort behandelt werden, weil er an Händen und Beinen amputiert ist. Auf einen Rollstuhl angewiesen, wird er seit Juli 94 im Gefängnis Stuttgart- Stammheim isoliert. Seine Situation wird trotz des z.Zt. öffentlich laufenden Prozesses gegen ihn u.a. vor dem OLG Frankfurt totgeschwiegen. Das soll hier genügen als Beispiel wie die Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfs seitens des BRD-Staatsapparats vonstatten geht.
In Ihre Verantwortung fällt dabei auch, daß Sie gezielt die Krankheit von Gefangenen zu ihrer beabsichtigten Zerstörung einsetzen.

Sie sind politisch verantwortlich für die gängige Praxis, die durch jahrzehntelange Sonderhaftbedingungen verursachten Krankheiten bei politischen Gefangenen gegen diese zu benutzen – um so ihren Widerstand zu brechen.
So werden Heidi Schulz, Gefangene aus der RAF, jahrelang überlebensnotwendige medizinische Behandlung verweigert.
So wurde Christine Kuby eine medizinische Untersuchung erst dann genehmigt, als in ihrem Bein Lähmungserscheinungen auftraten.

Sie sind politisch verantwortlich für die Razzien und willkürlichen Verhaftungen im Zusammenhang mit der Zeitung "radikal" mit dem Ziel jegliche nicht-staatstragende Diskussion durch Repression zu verhindern.

Sie sind politisch verantwortlich für die Isolationshaft gegen den katalanischen Freund Benjamin Ramos und seine beabsichtigte Abschiebung in die spanische Version der blutigen Folter.

Haben Sie uns zu all dem etwas zu sagen?

Wir sind noch 3 Stunden hier.
Wir machen hier in der Nähe des Bundesjustizministerium eine Kundgebung für die Erfüllung der Forderungen, wofür Christian Klar 5 Wochen im Hungerstreik war
und überhaupt.

FÜR DAS LEBEN UND DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN!

DIE MENSCHENWÜRDE BEHAUPTEN. DIE FOLTER BEKÄMPFEN –

Berlin, 6.10.95

BULLENTERROR IN DER NORDSTADT

Erklärung zur Durchsuchung und Räumung der Heisenstraße 6 und 6a

Am 8.10. wurden morgens gegen 6.00 Uhr die Häuser der Heisenstraße 6 und 6a von schwerbewaffneten Bulleneinheiten gestürmt und geräumt. Der Besitz der MieterInnen wurde größtenteils zerstört und der Rest weggeschmissen, zahlreiche Wertgegenstände sowie Bargeld wurden von den Bullen gestohlen.

Man kann diese Aktion u.a. als Racheaktion gegen die BewohnerInnen sehen, die den Bullen an den Chaos-Tagen erfolgreich Gegenwehr leisteten und den Punks obdach gewährten, um sie vor einer willkürlichen Verhaftung zu bewahren.

Die Bullen hatten lediglich eine Berechtigung zur Durchsuchung der Häuser, haben dann aber eigenmächtig für deren Räumung und Unbewohnbarkeit gesorgt, indem sie die Fensterrahmen zertrümmerten, Treppen ansägten und das Inventar zerstörten. Am 11.10. wurden die Häuser schließlich abgerissen.

Daß der Auslöser zur Demonstration der herrschenden Macht weitgehend beliebig gewesen wäre, kann getrost angenommen werden. Die Schüsse - mit einem Luftgewehr - auf tatsächliche oder vermeintliche Bullen konnten dafür gut herhalten. Für den Fall, daß es sich um Bullen gehandelt hat, waren die Schüsse politisch unverantwortbar; falls es Handwerker waren, gibt es nicht die geringste Rechtfertigung für den Vorfall. Es ist klar, daß die Häuser den Bullen, spätestens seit den Chaos-Tagen, ein Dorn im Auge waren und sie durch die Räumung ihr angeschlagenes Image wieder aufbessern wollten.

Im Verlauf der Räumung wurden alle BewohnerInnen und Gäste verhaftet und abtransportiert.

Entgegen den Presseberichten erklärten sich viele BewohnerInnen der Nordstadt mit den "HeisenstraßlerInnen" solidarisch. Auch weil allen klar ist, daß die Verbindung Heisenstraße -"Terroristische Vereinigung" völlig absurd ist.

Absolut durchschaubar ist die Ansicht der Stadt Hannover, gerade im Bezug auf die EXPO 2000, linke Projekte, unabhängige Kulturzentren und Widerstandspotentiale entweder zu "befrieden" oder gänzlich plattzumachen.

Den Bullen und den politisch Verantwortlichen muß entschieden entgegengetreten werden, glauben sie scheinbar doch, mal eben polizei-staatliche Methoden etablieren zu können, um Unliebsame und GegnerInnen zu vertreiben und ihnen den Wohnraum zu nehmen.

Dem Bullenterror in der Nordstadt kann nur mit selbstorganisierter Gegenwehr begegnet werden.

In diesem Sinne: Die Häuser denen, die sie brauchen!

Ex-HeisenstraßlerInnen
Sprengel-Plenum
Bauwagenplätze Helmkestraße und Lister Damm
AnwohnerInnen aus der Nordstadt

heute beende ich den hungerstreik und möchte folgendes dazu erklären:

auch in den vergangenen jahren der schon längere zeit schwachen kräfte und der reaktionären schläge gab es immer kämpfe der politischen gefangenen. durch die schutzlosigkeit mussten es behutsame initiativen sein. ihr charakter: signale der solidarität, anstosse zur politischen diskussion, den wert des kampfes für das leben und die freiheit ausdrücken.
ein gefangenenkampf, der unter den gegenwärtigen bedingungen eine unmittelbare entscheidung sucht, ist problematisch und riskiert ernste rückschläge. meine aktion ist von dieser art gewesen, deswegen höre ich heute auf. ich will auch nicht, dass die anderen von uns einsteigen, weil das dann schon der kampf für eine neue ausgangslage für uns gefangene nur sein konnte, also für unsere freiheit.
hier ging und geht es um vergleichsweise "wenig" - aufhebung der besuchsverbote, ungehinderter briefkontakt mit draussen - und jede/r sieht, sie machen es nicht.
die not haben aus der unmittelbarkeit des hungerstreiks sicher mehr leute draussen verstanden als vorher. nur ist die abschottung andauernde realität, und wir müssen wege finden, sie zu beenden.

christian klar
hohenasperg, 4.10.1995

Wolfgang Haug und Michael Wilk (Hg.):
Der Malstrom.
Aspekte anarchistischer Staatskritik

Die Herausgeber gehen der Frage nach, wie hat sich der Staat verändert? Wie muß eine anarchistische Staatskritik darauf reagieren? Wie kann eine Theorie die Binnenstrukturen von Macht sichtbar und bekämpfbar machen? Wo liegen die Möglichkeiten für das System zur Vereinnahmung-von Opposition und warum? Welche Reaktionsweisen bieten sich an, um auf den "soften" Staat, der über Vereinzelung regiert, zu antworten?

110S., 16.-DM

Rolf Cantzen:
Weniger Staat - mehr Gesellschaft

Eine Kritik am Staat und am staatlichen Handeln kann auf eine anarchistische Theorie zurückgreifen, die ihrerseits jedoch einer kritischen Überprüfung und Aktualisierung bedarf. Rolf Cantzen versucht die Berührungspunkte anarchistischer Theorie mit den Positionen einer basisdemokratischen, selbstorganisierten und ökologischen Gesellschaft herauszuarbeiten. Die Analyse bestehender Herrschaftsformen ist jedoch nur die eine Seite, die eigentliche Herausforderung besteht darin, aus dem Anarchismus konstruktive Vorstellungen für eine konkrete Utopie heute herauszuarbeiten. Cantzen hat einen wesentlichen Schritt beigetragen.

320S., 24.-DM (im Juni lieferbar)

Nieder mit dem Gesellschaftsvertrag!

In Wort und Bild die Wirklichkeit aufzuputzen, statt sie zu verändern: das scheint das letzte Aufgebot der politischen Macht – im Schulterschluß mit den Medien. Ob es sich um die Ungleichheit, die Einwanderung, die Ausgrenzung oder um den Umgang mit den Problemen auf dem Arbeitsmarkt handelt: Von dem Anspruch, den „Bruch der Gesellschaft“ aufzuhalten und zu überwinden, der Jacques Chirac die Präsidentschaft der französischen Republik eingebracht hat, scheint nicht viel geblieben.
Um der Wirtschaft gefällig zu sein, die eine restaurative Politik erwartet, und um sich als Garanten von Recht und Ordnung zu präsentieren, sind die Regierenden bereit, das soziale Netz zu durchlöchern und das Asylrecht in Frage zu stellen, mehr Arbeitsplätze mit Niedrigeinkommen zu schaffen oder auch die demokratischen Prinzipien zu vergessen, um „in den Vorstädten Ordnung zu schaffen“.

Von CHRISTIAN DE BRIE

ER war mutig genug gewesen, sich mit den „Privilegierten“ anzulegen und die „Ungleichheit zwischen den Franzosen“, zu kritisieren, die nach seiner Meinung bereits Anzeichen für eine „gefährliche Spaltung der Gesellschaft“ und einen „schwelenden Aufstand“ bewirkte, er hatte den „Mut zur Reform“ gehabt und war entschlossen, „das alte Regime“ zu beseitigen – also wurde Alain Madelin, Minister für Wirtschaft und Finanzen, im August letzten Jahres zum Rücktritt gezwungen. Der Mann war durchaus kein U-Boot der extremen Linken: Er kam von der extremen Rechten zum Ultraliberalismus, er hatte der „Bewegung Okzident“ angehört und brachte es zum Vizepräsidenten der äußerst konservativen Republikanischen Partei, er genoß die politische Wertschätzung der Unternehmer und war der Liebling des *Wall Street Journal* ...

Um welche „Privilegierten“ geht es also? Um jene, die ihr Geld im Schlaf verdienen. Das sind nicht etwa die Couponschneider und Spekulanten, die seit fünfzehn Jahren gemästet werden und die allein 1994 538 Milliarden Francs Einkommen aus dem Volksvermögen unter sich aufgeteilt haben. So funktioniert nämlich der Volkskapitalismus, den die Rechten so lieben: die 400 000 Betuchtesten haben 100 Milliarden eingeheimst – das heißt jeder monatlich 250 000 Francs im Durchschnitt – während 20 Millionen Menschen sich mit 30 Milliarden begnügen mußten – 1 500 Francs für jeden.[1] Nein, die Nutznießer sind nach Meinung von Herrn Madelin die Empfänger von RMI-Unterstützung, die mehr Geld bekommen als die Familie nebenan, wo man für den SMIC-Mindestlohn frühmorgens aufsteht und spätabends nach einem anstrengenden Tag nach Hause kommt.[2]

Und die „Ungleichheit zwischen den Franzosen“? Nicht etwa, daß ein Prozent der Bevölkerung 25 Prozent des Nationalvermögens an sich bringt, während ein fünfzigmal so großer Bevölkerungsanteil gerade mal 5 Prozent abbekommt, ist das Problem, sondern die „Ungleichheit zwischen den Franzosen des geschützten und denen des exponierten Sektors“[3]. Aufgrund dieser Ungleichheit sind etwa Museumswächter (geschützter Sektor) begünstigt gegenüber Unternehmen wie Michelin oder Bouygues (exponierter Sektor).

Und wo „schwelt heutzutage der „Aufstand“? Durchaus nicht unter den Millionen von Marginalisierten, sondern, wenn es nach Madelin ginge, „unter den Aktiven, denen, die etwas unternehmen wollen, den Handwerkern, den Bauern, die es müde sind, mit ihren Steuern und Lasten die Rechnung für die öffentliche Verschwendung zu bezahlen“[4]. „Sicher zittern die Unternehmer bei dem Gedanken, daß Hunderte von Milliarden öffentlicher Gelder, die man ihnen seit Jahren zukommen läßt, unter der Rubrik ‚Verschwendung‘ verbucht werden“, stellt der Generalsekretär der CGT, Louis Viannet, ironisch fest.[5]

UND was den Bruch mit dem „alten Regime“ und die „Reform“ betrifft, o bedeutet das nicht etwa, dem Kapitalismus Manieren beizubringen. Ein Universitätsprofessor, Redenschreiber des ehemaligen Finanz- und Wirtschaftsministers, hat es so formuliert: Man müsse „das and aus dem Kollektivismus herausführen“, die „Pyramide der Privilegien, die s Wesen des Staates ausmacht“, niederißen, „der Initiative wieder eine Chance ben“.[6] Nicht etwa zwischen der „Welt r Reichen und der Welt der Ausgehlossenen“ verläuft die Frontlinie, sonrn: „... zwischen Liberalen und Konsertiven. (...) Auf der einen Seite stehen all e Männer und Frauen, ob reich oder m, die arbeiten, Phantasie entwickeln, was unternehmen, und auf der anderen ite jene, die von Unterstützungszahlungen und Privilegien leben (...) Entschei-l ist die Kluft zwischen der verantworslosen und unkündbaren öffentlichen enklatura und den aktiven Männern und Frauen, die mit Sorgen an den nächsten Tag denken.“[7]

Wie viele andere, die solche Reden halten, ist der Herr Professor selbst ein hoher Würdenträger der öffentlichen Nomenklatura, und er denkt gar nicht daran, sich einzureihen unter jene „Aktiven“, „die mit Sorgen an den nächsten Tag denken“. Ebenso Madelin: Obwohl sein Gehalt noch einige Monate weitergezahlt wird, begann er sofort nach dem Rücktritt, seine Rückkehr in die Nationalversammlung vorzubereiten. Er hatte sich bitter beklagt über das maßlose Privileg der Beamten, die nach nur 37.5 Jahren Beitragszahlungen Anspruch auf ihre vollen Altersbezüge haben, während die Lohnabhängigen des privaten Sektors 40 Jahre zahlen müssen.[8] Er selbst wird, wie alle Parlamentarier, nach nur fünf Jahren Beitragszahlungen Anspruch auf eine Rente haben.

Doch seine schönen Worte wurden von den großen „wirtschaftsliberalen“ Blättern angemessen gewürdigt. „Madelin geht – das Aus für die Reformen“, lautete die Schlagzeile des *Wall Street Journal*. Madelin sei der Mann gewesen, „den Frankreich braucht, damit der französische Staat die Finger aus den Taschen der Steuerzahler nimmt“. Die Angelegenheit sei „demoralisierend für (...) alle, die es noch nicht aufgegeben haben, nach Anzeichen einer Reform in Frankreich Ausschau zu halten“[9]. Die öffentlichen Ausgaben einschränken und die Steuern senken, „das ist die Wirtschaftspolitik, die die Investoren schätzen“, mahnt die *Financial Times*[10], während die *International Herald Tribune* bereits „dem entschlossensten Anwalt der freien Marktwirtschaft in der Regierung“ nachtrauert[11].

Mehr Raum für den Markt! Dagegen soll der Staat auf seine Sicherheitsfunktionen eingegrenzt werden: Armee, Polizei, Justiz, soziale Kontrolle. Privatisierung der öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen, Deregulierung und Zerstückelung der Arbeitsgesetzgebung, des sozialen Netzes, des Bildungssystems ... das alles ist schon seit gut einem Jahrzehnt voll im Gange. Es geht nur noch um die Art und Weise: mit Biegen und Brechen im Stil Madelins, oder mit Zustimmung der Betroffenen wie bei Juppé. Der macht kein Geheimnis aus seinen Absichten: Er will die RMI-Wiedereingliederungsbezüge ebenso abbauen wie das soziale Netz.

Bei einem Fernsehauftritt verglich er, zur Erbauung der Zuschauer, die symbolische Rente der Landwirte mit der der Beamten – und nicht etwa mit den „hausgemachten“ Super-Pensionen von leitenden Angestellten und Unternehmenschefs, die noch ergänzt werden durch persönliche Abfindungen.[12] „Die Privilegien und Ungerechtigkeiten abzubauen“, so hat es der Ministerpräsident ausdrücklich erklärt, „das bedeutet, von den Meistbegünstigten zu verlangen, daß sie die Mindestbegünstigten unterstützen.“[13]

Wer ernsthaft nach Verknöcherungen und überholten Formen Ausschau hält, wird allerdings genug finden. Das fängt an mit der engen Verflechtung zwischen Reichtum und Macht (politische ebenso wie wirtschaftliche, administrative oder kulturelle Macht). Davon zehrt eine hauptsächlich aus der Großbourgeoisie stammende Elite, der vierzehn Jahre „kollektivistischer Sozialismus“ kein bißchen geschadet haben. Diese männliche multifunktionale Elite blockiert jede soziale Mobilität, häuft Mandate und Funktionen, Pfründen und materielle Vorteile an, bildet neue Erbdynastien in der Geschäftswelt und in der Politik und liefert ein Schauspiel übelster Geschäftemacherei und Korruption. Der harte „Kern“ dieser Elite, die aus demselben sozialen Milieu stammt, in den gleichen Institutionen ausgebildet wurde, die gleichen Werte teilt, untereinander heiratet und in denselben Vierteln und Ferienorten lebt, verteidigt mit Zähnen und Klauen die alte Ordnung, die seinen Bestand sichert.[14]

Dann sorgen die Schulen und Hochschulen für das Fortbestehen der Ungleichheit. Die elitärsten haben den besten Ruf: In den vier größten, Polytechnique, École nationale d'administration (ENA), École normale supérieure und Hautes études commerciales (HEC) ist seit den 50er Jahren der Anteil von Studenten aus den unteren Schichten von 29 auf 8,6 Prozent gesunken. Ein Jugendlicher aus einfachen Verhältnissen hat eine Chance von eins zu zehn, einen besseren Abschluß als das Kind eines leitenden Angestellten zu erreichen.[15]

Ähnliches gilt bei Einkommen und Vermögen; hier haben sich die Ungleichheiten in der jüngsten Zeit noch verstärkt. Die Steuerpolitik korrigiert diese Entwicklung nicht, sondern wird sie durch laufende oder geplante „Reformen“ noch verschärfen.[16] Einerseits wachsen die Einkommen aus Vermögen schneller als die Löhne und Gehälter; andererseits entfallen 21 Prozent der Einkommen auf die 5 Prozent der Bevölkerung am oberen Ende der Skala, ebensoviel wie auf die unteren 50 Prozent. Schließlich all die übrigen Ungleichheiten: bei der Beschäftigung, der Wohnung, der Gesundheit und der sozialen Sicherheit, beim Zugang zu Unterhaltung, Kultur und öffentlichem Leben. All das reproduziert und verstärkt sich und wird zu einem System, in dem immer mehr Menschen nach und nach ihre Rechte und ihren Status als Bürger verlieren.[17]

Angesichts einer solchen Häufung von Privilegien und Ungleichheiten kann das Theater um die angeblichen Vorteile der Staatsbediensteten oder den Mißbrauch der RMI-Gelder nur als der Versuch begriffen werden, Zwietracht unter denjenigen zu säen, die gemeinsam kämpfen müßten, um die Dinge zu verändern.

Während die Republik vergißt, daß sie „sozial“ sein wollte (Artikel 2 der Verfassung), scheint auch die nationale Souveränität allmählich vom Volk auf den Markt überzugehen, der sie nicht durch Vertreter, sondern durch die Notierungen an der Börse ausübt und sich seine eigenen Gesetze schafft. Von Alcatel-Alsthom und seinem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektor, der 1,1 Millionen Francs monatlich erhält, bis zum Obdachlosen sind alle gleich. Habt Vertrauen, der Markt schaut auf euch. Eine Art „Newspeak“ begleitet diese Rückkehr zum Obskurantismus: Von nun an ist ein Recht ein Privileg, ein sozialer Fortschritt ein Archaismus, das Mindesteinkommen eine Verknöcherung und die Reform die Gegenreform. Die Wahrheit ist die Lüge.

LE MONDE DIPLOMATIQUE **die tageszeitung / WoZ – Oktober 1995**

Zum Abschied von Klara Franke

Sie starb am 26. August 1995 im Alter von 84 Jah[ren] so, wie sie es sich immer gewünscht hat – mitten aus dem vollen Leben heraus, in ihrer Lehrter Stra[ße]

Was hat Klara Franke, die von manchen die Kiezkönigin der Lehrter Straße genannt wurde, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Straße und den Betroffenenrat bedeutet? Sicher viel mehr, als in ein paar Zeilen ausgedrückt werden kann.

Ihre Geschichten von früher werden uns fehlen. Als es noch siebenunddreißig Restaurants und Kneipen in der Lehrter Straße gab und die Straße „Maulaffenallee“ genannt wurde. Oder ihre Erzählungen aus der Nachkriegszeit, als die Kinder Munition zum Spielen klauten und manchmal auch erwischt wurden. Klara machte sich sofort auf den Weg zum Polizeipräsidium, um ihre Tochter da herauszuholen. Oder ihre Berichte über Menschen, dene sie geholfen hat, weil sie sich völlig verzweifelt an sie wandten, ob aus Liebeskummer, Problemen mit Alkohol, oder weil sie obdachlos waren. Sie hat keinen weggeschickt, dem sie helfen konnte. Oder ihre Erinnerungen an die Kämpfe für die Putzfrauen bei der Firma Gegenbauer, bei der sie Betriebsrätin war. Ihre Wortgefechte mit „dem Alten“, wie sie ihren Chef nannte, und mit der „Ersten“, der Betriebsratsvorsitzenden.

Lange bevor der Betroffenenrat 1989 zum ersten Mal gewählt wurde, hat sich Klara Franke für den Erhalt der Häuser in der Lehrter Straße eingesetzt. „Man müßte eine Briefaktion machen“ und „den Politikern auf die Füße treten“, waren ihre Worte. Mit Hartnäckigkeit und Witz hat sie oft das scheinbar Unmögliche erreicht. Ob Demonstrationen, Menschenketten oder Unterschriftensammlungen, für eine gute Sache war Klara Franke immer aktiv dabei. Für ihren Kampf um den Erhalt des Krankenhauses Moabit hat sie das Bundesverdienstkreuz erhalten.

Aber auch für die kleinen Verbesserungen im Alltag der Menschen hat sie sich energisch eingesetzt, wie zum Beispiel die Bushaltestelle an der Thusneldaallee oder den Gemüse-Verkaufsstand am Seniorenheim.

Doch am meisten hat sie sich für die Kinder der Lehrter Straße eingesetzt und schon vor vielen Jahren einen ausrangierten Bus auf dem jetzigen Spielplatzgelände aufstellen lassen, der später zerstört wurde. Als Bausenator Wolfgang Nagel in der Lehrter Straße eine Ausstellung eröffnete, organisierte sie eine Kinderdemonstration: „Wir brauchen einen Spielplatz“. Deshalb möchten wir den Spielplatz gern nach ihr „Klara-Franke-Spielplatz“ nennen.

Wenn sie uns auch viel von der Prachtstraße erzählt hat, die die Lehrter Straße früher war, hat sie der „ach so guten alten Zeit“ aber nicht nachgetrauert. Klara Franke hat die Straße auch in den 70er und 80er Jahren geliebt, als in den vernachlässigten Häusern eine lebendige Nachbarschaft aus KünstlerInnen, Alten, StudentInnen und Immigrantenfamilien entstanden war. Unkonventionell wie sie war, liebte sie Rockmusik, wenn sie ihr auch manachmal etwas zu laut war. Sie kannte keine Berührungsängste und freute sich, wenn die „Dragons“ des Harley-Davidson-Clubs sie „Oma Franke“ nannten.

Den Aufbau der Kulturfabrik in de[r] Lehrter Straße 35 hat sie in ihren letzte[n] Jahren tatkräftig unterstützt. Weil ihr di[e] Graffiti-Spray-Kunst gefiel, hat sie sich ei[n] großes Bild auf der Wand gewünscht mi[t] dem Spruch: „Dieses Haus ist für dies[e] Jugend“. Ob das wohl noch verwirklich[t] wird?

Der nationale Wettbewerbsstaat

Gespräch mit Joachim Hirsch über Fordismus, soziale Revolte und zivilgesellschaftliche Illusionen

Weitgehend ohnmächtig und resigniert verfolgt die Linke gegenwärtig die politische und soziale Entwicklung in den Metropolen und im Trikont. Die Einflußlosigkeit einer emanzipatorischen Politik führt zu Katastrophen- und Endzeitstimmungen. An die Stelle kritischer Reflexion treten krude historische Analogiebildungen, die eher einer verheerenden Selbsteinschüchterung dienen als der Klärung derzeitiger Tendenzen. Diese erfordert statt einfacher Wesensableitungen und allein an Ideologien haftender Kritikerposen auch genaue Analysen von Ökonomie und Staat, von internationalen und nationalen Machtverhältnissen. Zugleich geht es darum, welche theoretischen Instrumente linker Gesellschaftskritik noch tauglich sind, welche theoretischen Begriffe zu verwerfen sind und welche es ermöglichen, die Formen kapitalistischer Vergesellschaftung zu fassen, mit denen linke Politik heute konfrontiert ist. Über die Möglichkeiten kritischer Theoriebildung, die Bedingungen sozialer Revolten und die Kriterien linker Politikansätze sprach die Beute *mit Joachim Hirsch, dessen theoretische Arbeit – vor allem seine Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft in dem Buch* Der Sicherheitsstaat *– die undogmatische Linke in der BRD stark beeinflußte und der jetzt unter dem Titel* Der nationale Wettbewerbsstaat *eine neue Analyse vorgelegt hat.*

Beute: *Du hast zu Beginn der achtziger Jahre das sozialdemokratische Modell Deutschland unter dem Begriff »Sicherheitsstaat«[1] analysiert. In Anspielung auf die Rede von der Japan Inc. sprichst du heute vom sich abzeichnenden neoliberalen Modell einer »Deutschland GmbH« und faßt diese Entwicklung mit dem Begriff des »nationalen Wettbewerbsstaates«[2] zusammen. Wie kommt es zu dieser Verschiebung?*

Joachim Hirsch: Der Begriff Sicherheitsstaat bezeichnet eine bestimmte Form kapitalistischer Demokratie, die sich nach 1945 besonders markant in der Bundesrepublik herausgebildet hat. Der Sicherheitsstaat war – knapp umrissen – zum einen geprägt durch starke wohlfahrtsstaatliche Elemente. Er stellte den Versuch dar, Massenintegration nicht zuletzt durch den Ausbau von sozialstaatlichen Sicherungen herzustellen. Er stützte sich auf korporative Strukturen, »Sozialpartnerschaft« und »Konzertierte Aktionen« bei *gleichzeitigem* Ausbau des Überwachungsstaates, von politischer Kontrolle, bürokratischer Reglementierung und der Verfolgung abweichenden Verhaltens. In diesem Sinne bezeichnete der Sicherheitsstaat eine generell feststellbare Tendenz, auch in anderen kapitalistischen Staaten.

Der Sicherheitsstaat ist das, was man auch als den »fordistischen« Staat bezeichnet: eine bestimmte Phase der kapitalistischen Entwicklung, die durch ökonomische Binnenmarktorientierung, permanentes Wachstum, allgemeine Wohlstandssteigerung, parlamentarische Legalität und übergreifende bürokratische Kontrolle gekennzeichnet war.

Beute: *Und was hat sich verändert? Warum gehen deine Überlegungen nun nicht mehr vom Sicherheitsstaat, sondern vom nationalen Wettbewerbsstaat aus?*

Hirsch: Das hat zwei Gründe. Die früheren Untersuchungen zum »Modell Deutschland« berücksichtigten die internationale Dynamik, den Weltmarkt, nur sehr rudimentär. Allerdings gab es in der Zeit, als ich den *Sicherheitsstaat* schrieb, tatsächlich noch eine stärker national regulierte Kapitalakkumulation. Die Spielräume für unterschiedliche nationalstaatliche Entwicklungen waren damit größer als heute. Die damalige materialistische Staatstheorie war am einzelnen Staat orientiert und ging dabei zugleich von seiner relativen Autonomie gegenüber den »nationalen« Klassen aus. Das heißt, internationale Klassenverhältnisse waren weitgehend ausgeblendet, und dies mußte korrigiert werden.

Der andere Grund liegt in der Krise des fordistischen Kapitalismus, in der sich auch die Struktur des Sicherheitsstaates gewandelt hat. Sozialpartnerschaft und sozialstaatliche Integrationsmuster sind zwar nicht gänzlich verschwunden, haben aber an Bedeutung verloren. Die internationale Konkurrenzfähigkeit ist auch für die innere Entwicklung der deutlich bestimmende Faktor geworden.

Beute: *Und der Aspekt des repressiven Sicherheitsstaates ...?*

Hirsch: ... hat sich modifiziert. Die Kontrolle hat sich in vielerlei Hinsicht ökonomisiert und privatisiert. Die alten Formen der Repression wie Berufsverbote oder Kommunistenverfolgung spielen heute eine eher untergeordnete Rolle. Nicht nur weil der Ost-West-Gegensatz verschwunden ist, sondern weil sich durch die soziale Deregulierung, die zunehmende Privatisierung sozialer Risiken auch die Kontrollmechanismen verändert haben.

Bei geschwächten Gewerkschaften, die Mühe haben, sich in der Krise und unter veränderten Weltmarktbedingungen noch minimale Spielräume zu bewahren, spielt die Gefahr einer politischen Radikalisierung gewiß keine große Rolle mehr. Die Berufsverbote bezogen sich in den siebziger Jahren ja im wesentlichen auf die sozialistische und kommunistische Opposition in Parteien und Gewerkschaften. Mit deren Bedeutungsverlust haben sich auch die staatlichen Kontrollstrategien verändert, was nicht heißt, der Überwachungsstaat würde abgebaut. Im Gegenteil. Der nationale Wettbewerbsstaat ist die historisch neue Form des Sicherheitsstaates.

Beute: *Da du vorhin die internationalen Klassenverhältnisse angesprochen hast, stellt sich für uns doch die Frage, warum der politische Internationalismus und die Erfolge der Befreiungsbewegungen im Trikont in den sechziger und siebziger Jahren die hiesige Staatstheorie in ihrer Perspektive so wenig tangiert haben. Gleichzeitig gab es ja Versuche von Befreiungsbewegungen »an der Macht«, an das fordistische Modell anzuschließen. In Algerien wurde beispielsweise versucht, über die Erlöse aus dem Erdölgeschäft die Konsumgüterproduktion anzukurbeln.*

Hirsch: Die linke Staatstheorie hat sich zu dieser Zeit zunächst einmal auf den voll entwickelten kapitalistischen Staat bezogen. Sämtliche Diskussionen von Agnoli[3] bis Poulantzas[4] hatten vorrangig die Analyse der entwickelten Metropolen im Blick.

Beute: *Weil sie davon ausgingen, daß es das kapitalistische Fortschrittsmodell ist, das den anderen sowieso auch mal blüht? Weil sie davon ausgingen, daß dies das Zentrum der Macht sei und von daher alle daran ansetzenden theoretischen Überlegungen vorrangig seien?*

Hirsch: Erstens, weil er das Zentrum der Macht ist. Zweitens gab es die Vorstellung,

die ich auch für nicht ganz falsch halte, daß das, was Staat in entwickelten kapitalistischen Ländern bedeutet, sein struktureller Kern, auch zur Erklärung von Entwicklungen in der Peripherie beiträgt.

Aber oftmals wurden Erklärungsmodelle von den Metropolen einfach auf die peripheren Staaten übertragen, und letztlich wurde lange Zeit alles am entwickelten Typ des bürgerlichen Staates gemessen.

Beute: *Was für eine Bedeutung hat der Zusammenbruch des Staatskapitalismus, also des sowjetischen Entwicklungsweges, haben das Scheitern der meisten Entwicklungsmodelle im Trikont und die Niederlage der Linken in den Metropolen für deine gegenwärtigen Überlegungen zum »nationalen Wettbewerbsstaat«?*

Hirsch: Also, ich stelle die ökonomischen Veränderungen des globalen Kapitalismus in den Vordergrund. Das ist eine Frage der theoretischen Position. Die entscheidenden Veränderungen resultieren aus der Krise des fordistischen Kapitalismus und der damit einhergehenden internationalen Flexibilisierung des Kapitalverhältnisses.

Fordismus bedeutete eine auf den nationalen Rahmen konzentrierte, auf Massenproduktion, Massenkonsum und tayloristische Arbeitsorganisation gestützte Akkumulationsweise. Die damit verbundenen Rationalisierungsspielräume ermöglichten ein stetiges Wirtschaftswachstum und hohe Kapitalprofite. Auf dieser Grundlage entstand die keynesianische Vision[5], nach der sich Profite und Lohneinkommen nicht widersprechen, sondern beide endlos zunehmen können. Das Massenkonsummodell, der Wohlfahrtsstaat und die Versprechungen der Volksparteien, eine egalitäre Demokratie zu entwickeln, bildeten die Grundlage der politischen Integration.

Die Krise des fordistischen Akkumulationsmodells resultiert aus seiner eigenen ökonomischen Grundstruktur. Einfach ausgedrückt: die Rationalisierungsspielräume der tayloristisch organisierten Massenproduktion stießen an Grenzen. Fließbänder lassen sich nicht unendlich beschleunigen. In vielen Ländern nahm der ArbeiterInnenwiderstand zu. Zentrale Bereiche der Ökonomie, der Dienstleistungsbereich oder etwa der Maschinenbausektor, wurden vom tayloristischen Rationalisierungsprozeß kaum erfaßt. So wurden zuletzt die Rationalisierungsspielräume immer geringer, und das Wirtschaftswachstum stagnierte. Diese Entwicklung kollidierte mit dem institutionellen Gefüge des Wohlfahrtsstaates und dessen steigenden Kosten.

Darauf wird auf der nationalen Ebene mit dem Abbau des Sozialstaats und einer Umwälzung des tayloristischen Produktionsmodells geantwortet. Diese beruht auf neuen Formen der innerbetrieblichen Organisation, das heißt »Aufwertung der Arbeit«, Gruppenarbeit, Qualitätszirkel, verantwortlichere Einbindung »schlanker« Lohnabhängigenkerne in den Produktionsprozeß sowie einer technologischen Offensive, die sich auf die Einführung neuer Informations- und Datenverarbeitungstechniken sowie auf neue Produkte und Verfahren – zum Beispiel bei der biotechnologischen Umstrukturierung der Agrarproduktion – stützt.

Auf der internationalen Ebene wird versucht, mittels Flexibilisierung des Geld- und Kapitalverkehrs die nationalstaatlichen Unterschiede in den Verwertungsbedingungen intensiver auszunutzen. Globale Rationalisierung besteht beispielsweise darin, daß Computerfachkräfte in der Peripherie »online« mit den Produktionsprozessen in den Metropolen verbunden werden. So arbeiten etwa hochqualifizierte Ingenieure in Indien vergleichsweise zu einem Hungerlohn für internationale Konzerne mit Sitz in den USA oder Europa. Gleichzeitig dienen diese durch die neuen Technologien möglich gewordenen Produktionsverhältnisse als Druckmittel, um Rationalisierungsprozesse in den kapitalistischen Zentren voranzutreiben. Internationalisierung setzt also auf eine flexible Standortausnutzung und das Gegeneinander-Ausspielen der Arbeitskräfte in den verschiedenen Teilen der Welt, um den kapitalistischen Rationalisierungsprozeß global zu forcieren. Der nationale Wettbewerbsstaat hat diese Entwicklung zur Grundlage.

Beute: *Du hast jetzt den ökonomischen Prozeß charakterisiert. Könntest du vielleicht den Versuch machen, das mit einer Einschätzung der politischen Veränderungen wie dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus und dem Scheitern nationaler Entwicklungsmodelle zu verbinden.*

Hirsch: Es gibt eine ganze Reihe von politischen Faktoren, die diesen ökonomischen Prozeß beschleunigen, jedoch nicht verursacht haben. Nationale Befreiungsbewegungen im Trikont sind nicht einfach nur deswegen gescheitert, weil sie politische Fehler gemacht haben. Vielmehr hat ihnen die beginnende Globalisierung die Basis einer nationalen Entwicklung entzogen. Indem die Staaten der Peripherie immer abhängiger vom Weltmarkt wurden, hatten sie auch immer geringere Spielräume für eigene Entwicklungswege.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat den kapitalistischen Weltmarkt praktisch universalisiert und die ideologischen Komponenten der Systemstabilisierung verschoben. Die wohlfahrtsstaatliche Komponente des Fordismus war in vielerlei Hinsicht darauf zurückzuführen, daß sich die kapitalistischen Länder in der Konkurrenz zum Sowjet-System politisch legitimieren mußten. Das fällt nun weg.

Beute: *Nach ihrer Abkehr von der einseitigen Entwicklung der Schwerindustrie gab es doch den Versuch in der Sowjetunion, das fordistische Konsummodell nachzuahmen. Die Rede war vom »Einholen und Überholen« ...*

Hirsch: Das sowjetische Modell war von der Absicht geprägt, so etwas wie einen staatsbürokratisch regulierten »sozialen Fordismus« zu entwickeln. In den großen Fabriken, in der tayloristisch organisierten Massenproduktion, gelang das auch. Aufgrund der besonderen gesellschaftlichen und politischen Strukturen war es aber nicht mehr möglich, auf die kapitalistischen Strategien zur Überwindung der Fordismus-Krise zu reagieren und eine zweite technologische Revolution einzuleiten, etwa die Mikroelektronifizierung der Produktion durchzusetzen. Die staatssozialistischen Eliten haben dies erkannt. Und da sie aufgrund der sozialen und politischen Verhältnisse keine Alternative mehr hatten, kapitulierten sie, oder genauer: transformierten sie sich in kapitalistische.

Vor der Krise des Fordismus gab es zwei Weltmächte. In der Krise ist die Sowjetunion untergegangen, und die USA haben im Zuge der Globalisierung und Pluralisierung des kapitalistischen Weltsystems ihre Hegemonie eingebüßt.

Beute: *Ökonomisch schon, aber militärisch nicht.*

Hirsch: Nein, militärisch auf keinen Fall.

Beute: *Was bedeuten die Veränderungen im kapitalistischen Weltsystem für einen Staat wie die Bundesrepublik? Die Schwäche der Gewerkschaftsopposition hast du ja bereits erwähnt. Der alte wohlfahrtsstaatliche Klassenkompromiß ist aufgekündigt. An Stelle einer relativen Massenintegration treten soziale und regionale Spaltungsprozesse ziemlich offen zutage, und die dazugehörenden Ideologien wie Rassismus und Nationalismus sind gesellschaftlich dominant.*

Hirsch: Der Klassenkompromiß ist teilweise aufgekündigt, aber im Vergleich zu Staaten wie England oder den USA in einer kontrollierten Form. Das »Modell Deutschland« war ein sehr inklusives, sozialdemokratisches Programm – und hierbei ist es egal, ob es von der CDU oder der SPD vorangetrieben wurde. Von der hohen Leistungs- und internationalen Konkurrenzfähigkeit profitierten weite Teile der westdeutschen Arbeiterklasse. Die »Deutschland GmbH«, die wettbewerbsstaatliche Bundesrepublik, hat zugunsten der internationalen Konkurrenzfähigkeit auch das frühere Postulat einer relativ egalitären Entwicklung selbst für die deutschen StaatsbürgerInnen aufgegeben. Der letzte sozialdemokratische Bundeskanzler, Helmut Schmidt, meinte noch, sechs Prozent Inflation seien besser als sechs Prozent Arbeitslose. Die real ca. 12 % Arbeitslosen werden hingegen heute ganz selbstverständlich in Kauf genommen, die sind sozusagen selbstverständlicher Bestandteil eines Wettbewerbsstaates.

Auch die Einheitlichkeit der regionalen Lebensverhältnisse löst sich zunehmend auf, und es bilden sich regional höchst unterschiedliche Wachstumspole und marginalisierte Zonen heraus. Dem dominanten politischen Ziel der internationalen Konkurrenzfähigkeit hat sich alles andere, ob sozial-, kultur-, regional- oder wirtschaftspolitisch, zu unterwerfen. Das sieht man an der Parteienentwicklung. Auch die SPD hat heute selbstverständlich eine neoliberale Grundorientierung, und die Grünen verfügen zumindest über keine plausible Alternative.

Beute: *Es gab in den achtziger Jahren die Diskussion, daß über ein sich zunehmend supranational organisierendes Kapital, das weltweit nach Bedarf seine Standorte wechselt, auch der Nationalstaat an Bedeutung verlieren würde. Was für ein Interesse hat ein international operierendes Kapital am Nationalstaat und überhaupt an der Form staatlicher Regulation?*

Hirsch: Das Kapital kann ohne Staat nicht existieren. Es gibt kein Land, keine Epoche, in der das Kapital selbst in der Lage gewesen wäre, für die Infrastruktur oder die Technologieentwicklung, die Ausbildung und Bereitstellung von Arbeitskräften zu sorgen. Es kann die soziale Reproduktion ganz einfach deshalb nicht gewährleisten, weil die einzelnen Unternehmen im wechselseitigen Konkurrenzverhältnis stehen. Wer will für die allgemeine Qualifizierung der Arbeitskraft aufkommen, wenn diese womöglich direkt der Konkurrenz zugute kommt? Im nationalen wie im internationalen Rahmen bedarf es staatlicher Regulation. Ob das immer eine »national«-staatliche Form des Staates bedeutet, bleibt dahingestellt. Derzeit ist sie die dominante Form. Mittels der Nationalstaaten lassen sich die für den Verwertungsprozueß notwendigen sozialen Spaltungen herstellen, also beipsielsweise zwischen den Arbeiterklassen verschiedener Länder, oder auch gegensätzliche soziale Interessen im Rahmen nationaler Ideologien verbinden. Die herrschende Meinung ist ja offensichtlich von der Überzeugung getragen, daß »wir« konkurrieren – und nicht das Kapital.

Beute: *Was du als Arbeiterklasse bezeichnest, verfügt weder im nationalen und noch viel weniger im internationalen Rahmen über ein irgendwie positiv zu ortendes Klassenbewußtsein. Zudem wirft der Begriff ja die Frage nach der technischen und politischen Zusammensetzung der Arbeiterklasse auf. Ebenso irritiert ein wenig die etwas monolithische Setzung des Kapitalbegriffs, ohne daß bislang auf widerstreitende und widersprüchliche Interessen einzelner Kapitalfraktionen eingegangen oder deren Zugriff auf staatliche Politik erläutert worden wäre.*

Hirsch: Wenn ich von Klassen rede, meine ich damit nicht automatisch Klassensubjekte oder politische Akteure. Es sind analytische Kategorien, auf die man stößt, wenn man sich mit dem ökonomischen Reproduktionszusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft beschäftigt. Und da gibt es eben Menschen, die über Produktionsmittel verfügen, und andere, die das nicht tun. Das Klassenverhältnis, die Konkurrenz zwischen und innerhalb der Klassen, ermöglicht überhaupt erst Ausbeutung und Mehrwertproduktion und ist grundlegend für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft. Aber man muß strikt trennen zwischen einer politisch-strategischen, also handlungstheoretischen, und einer strukturtheoretischen Verwendung des Klassenbegriffs. Das theoretische und politische Problem ist, beide Aspekte aufeinander zu beziehen.

Die politischen Handlungspotentiale lassen sich auf jeden Fall nicht so einfach aus den ökonomischen Klassenverhältnissen ableiten, wie das zum Beispiel Karl Heinz Roth tut[6]. Roth stellt zweifelsohne richtig fest, daß sich Ausbeutungsverhältnisse verschärfen und die Lohnabhängigen weltweit Verarmungs- und Marginalisierungsprozessen ausgesetzt sind. Nur leitet er eine ökonomische Tendenz nahtlos in ein politisches Handlungsszenario über. Und das ist falsch. Was sich politisch aus materieller Verelendung und Degradierung ergibt, ist prinzipiell nicht eindeutig festmachbar. Schließlich gibt es eine Reihe von Vermittlungsinstanzen, durch die unterschiedliche ökonomische Lagen ideologisch verarbeitet werden. Hierbei müßte man sich dann schon mit der Bedeutung von Staat, Rassismus, Nation und Geschlecht beschäftigen, also mit den verschiedenen Herrschaftstechniken von Diskriminierung und Privilegierung. Die Bundesrepublik Deutschland ist ja ein Musterfall dafür, wie eine tatsächlich vorhandene Verschlechterung der materiellen Lebensverhältnisse rassistisch und nationalistisch kompensiert wird, dafür, daß es immer auch eine regressive Reaktion auf kapitalistische Krisen geben kann.

Beute: *Mit Roth hast du jetzt Theorieentwürfe kritisiert, die trotz aller gegenläufigen historischen Erfahrung immer wieder dazu tendieren, die Arbeiterklasse, oder zumindest Teile von ihr, zum Subjekt der Befreiung zu stilisieren. Du selbst kommst, wie Roth auch, aus der Nach-68er-Bewegung der Neuen Linken[7], die sich sehr stark an der außerparlamentarischen Opposition, später dann auch an den sogenannten »Neuen Sozialen Bewegungen« orientierte und darüber organisierte.*

Nun ist ja gerade von den »Neuen Sozialen Bewegungen«, deinen einstigen Hoffnungsträgern, faktisch nichts mehr übriggeblieben. Die außerparlamentarisch agierenden Oppositionskerne sind auf ein Minimum geschrumpft, und ein Teil der »Protestbewegung« gehört längst zum heutigen Establishment der Republik und hat, wie etwa die deutschnationale Grünen-Politikerin Antje Vollmer auf dem sudetendeutschen Revanchistentreffen oder die taz und Daniel Cohn-Bendit in ihrem antiserbischen Feldzug, mit den Gegnern von gestern gleichgezogen. Ist deine optimistische Sicht auf die »Neuen Sozialen Bewegungen«, auf nicht durch einen gemeinsamen Klassenbezug zusammengehaltene Oppositionsbewegungen mittlerweile nicht ebenfalls fragwürdig?

ordismus, soziale
ione

Hirsch: Ich habe mich immer weniger auf eine real existierende Bewegung bezogen als auf einen bestimmten Typus von Politik, der dort ansatzweise zum Ausdruck gekommen ist. Und zwar einen Typus von Politik, der verschiedene Elemente hat: 1. Selbstorganisation, einfach ausgedrückt: Organisierung außerhalb staatlicher Formen wie Parteien; durch außerinstitutionelle Bewegungen die gesellschaftlichen und politischen Strukturen angreifen und verändern. Das ist gegen das simple Konzept einer Eroberung der Staatsmacht gerichtet. 2. Kulturrevolution: die Gesellschaft kann nur verändert werden, indem die Individuen sich, also ihre soziale Praxis und ihre Lebensverhältnisse, verändern. 3. Selbstkonstitution des rebellischen Subjekts: die theoretische wie empirische Einsicht, daß es qua Klassenlage kein privilegiertes Subjekt der Befreiung gibt. Politischer Protest und soziale Bewegungen unterliegen nur begrenzt feststellbaren objektiven Kriterien. Sie haben etwas Spontanes und Unkalkulierbares, auch wenn es historisch unterschiedliche Konstellationen, bessere oder schlechtere Bedingungen für Opposition gibt.

Zusammengefaßt: die Mechanik in vielen linken Konzepten – Kapitalverwertung, Krise, Revolution – sollte durch einen viel existenzielleren Begriff der sozialen Revolte gebrochen werden. Das halte ich nach wie vor für richtig, auch wenn es sicherlich stimmt, daß die Radikalität der frühen »Protestbewegung« sich in den Folgebewegungen der siebziger und achtziger Jahre nach und nach verlor.

Und zur Frage, warum nicht Arbeiterklasse: Ich stimme im wesentlichen mit André Gorz' Marx-Kritik überein, die er in seinem Buch *Abschied vom Proletariat*[8] formulierte. Marx beschrieb ja die Arbeiterklasse als die Klasse, die durch den kapitalistischen Ausbeutungszusammenhang ihrer sozialen und politischen Fähigkeiten am stärksten beraubt wird. Und in einer vielleicht etwas kruden Negation leitete er daraus den Umkehrschluß ab, daß gerade diese am meisten »entfremdete« Klasse um so mehr in der Lage sein soll, als revolutionäres Subjekt aufzutreten. Das ist sowohl theoretisch fragwürdig wie historisch widerlegt.

International und national befinden sich die Lohnabhängigen in höchst komplexen und unterschiedlichen Ausbeutungsverhältnissen. Das läßt sich nicht so einfach auf einen Nenner bringen. Was haben ein qualifizierter, deutscher Computertechniker und ein illegal beschäftigter, polnischer Bauarbeiter schon gemeinsam? Gut, sie werden im ökonomisch-technischen Sinne beide ausgebeutet. Aber ihre Lebensverhältnisse unterscheiden sich gravierend. Das heißt, sollte es zu Widerstandsformen kommen, werden sie wahrscheinlich unterschiedlich aussehen, und ob sie sich miteinander verbinden oder gegenseitig neutralisieren, entscheidet sich in nicht vorhersehbaren Prozessen bewußter politischer (Selbst-)Aufklärung und Organisation.

***Beute:** Die Merkmale Selbstorganisation, soziale Revolte und Selbstkonstitution findest du auch noch in den achtziger Jahren bei starken außerparlamentarischen Bewegungen wie etwa den Autonomen.*

Hirsch: Ja, aber war das nicht immer ein besonderer und eher kleiner Teil von »Bewegung«, ein manchmal ziemlich selbstgenügsames und eher punktuell in Erscheinung tretendes Milieu? Die ursprüngliche Protestbewegung hatte einen viel offensiveren Charakter. Sie wollte noch die ganze Gesellschaft und ihre Institutionen verändern, die Menschen dazu veranlassen, praktisch anders zu leben. »Das Private ist politisch« war der entscheidende Slogan. Die Ablehnung der »bürgerlichen« Kultur, des »Konsumterrors«, die Wohnkommunen, die praktische Veränderung der Geschlechterverhältnisse, das hatte schon politische Durchschlagskraft und war grundsätzlich richtig, auch wenn einem manche Erscheinungsformen heute etwas schräg vorkommen. Für mich war das Spontane, die quasi existentialistisch motivierte Revolte das Entscheidende, eine praktische Kritik, wie etwa Herbert Marcuse sie stellvertretend für viele theoretisch zu formulieren vermochte.

***Beute:** Siehst du einen Zusammenhang zwischen der Krise des »Modell Deutschland« und dem Niedergang der linken außerparlamentarischen Bewegungen?*

Hirsch: Ich denke, daß viele der sozialen Bewegungen sehr stark vom fordistischen Projekt, vom Sozial- und Wohlfahrtsstaat gelebt haben und mit diesem in die Krise geraten sind. Die Protestbewegungen reagierten ja zunächst einmal auf die immanenten Widersprüche des fordistischen Modells, die schrankenlose Naturzerstörung, das Ausufern des Überwachungsstaats oder auf eine halbierte Emanzipation, wie Ulrich Beck[9] das ausdrückt. So wurden etwa Frauen zunehmend in den industriellen Produktionsprozeß einbezogen und es gab auch eine gewisse formal-rechtliche Gleichstellung. Aber die sozialen Diskriminierungen bestanden weiter, was sich ökonomisch schon daran zeigte, daß der privilegierte Facharbeiter eben männlich und deutsch war. Die Frauenbewegung konnte an den uneingelösten egalitären Ansprüchen des Wohlfahrtsstaates ihre Kritik ansetzen. Ähnliches könnte man auch für die Ökologie-, Friedens- oder andere Bewegungen zeigen. In der gegenwärtigen Offensive des Neoliberalismus ist die Basis für Bewegungsprojekte deutlich schmaler geworden. Neben den ökonomischen Veränderungen spielen dafür politische Entwicklungen wie die Etablierung der grünen Partei eine wichtige Rolle. Die hat einiges an Opposition absorbiert und in institutionelle Bahmen zurückgebogen. Es gab Entwicklungen im parteimäßig überformten Bewegungsmilieu, die die neoliberale Wende mit vorangetrieben haben.

***Beute:** Die Grünen sozusagen als Wegbereiter der neoliberalen Hegemonie?*

Hirsch: Zumindest zum Teil. Es gibt beispielsweise eine grün-alternative Kritik am Sozialstaat, die ganz gut mit der neoliberalen zusammenpaßt: Bürokratie, Kontrolle, Vermassung, Ressourcenverschleuderung kritisieren die Neoliberalen ja auch und sie sagen, daß dies geändert werden muß. Die Neoliberalen wollen den Abbau des Sozialstaats, während das bei den Grün-Alternativen »umbauen« heißt. Die Grenzen sind allerdings einigermaßen fließend.

Die »Neuen Sozialen Bewegungen« haben ihre Kraft nicht zuletzt dadurch eingebüßt, daß sie sich immer stärker an den herrschenden Formen institutioneller Politik orientiert haben: Statt radikaler Kritik des Staates Forderungen an den Staat; von der Kritik der Familie zur Quotierung; statt Kritik der gesellschaftlichen Naturverhältnisse Naturschutz; statt Konsumkritik Gesundheitskost – alles systemverträgliche, integrierbare Politikziele.

Sicherlich unterlagen die »Neuen Sozialen Bewegungen« auch politischen Fehleinschätzungen, die schon in der Studentenbewegung wurzelten. Sie überschätzten ihr revolutionäres Potential. Die neueren sozialen Bewegungen haben die Gesellschaft der Bundesrepublik sicherlich sehr nachhaltig verändert, nur eben nicht gerade revolutioniert. Diese Selbstüberschätzung und die Unklarheiten darüber, wie eigentlich revolutionäre Prozesse heute verstanden werden müssen, hat viel zur späteren Resignation beigetragen. Ich meine das gar nicht zynisch. Durch die Protestbewegung ist die Bundesrepublik Deutschland immerhin ein im Vergleich wenigstens ansatzweise demokratischer Staat geworden. Und diese Entwicklung wurde mit den Veränderungen seit 1989 nicht einfach rückgängig gemacht.

***Beute:** Mit 1989, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des osteuropäischen Staatensystems, hatten Begriffe wie Demokratisierung, demokratische Revolution und Zivilgesellschaft Konjunktur. Die in den westlichen Medien zugelassenen Intellektuellen propagierten in den letzten Jahren exzessiv das Bild eines pazifizierten und zivilgesellschaftlich gebändigten Kapitalismus. Die Zivilgesellschaft als die neue Reformhoffnung für aufgeklärte Metropolenlinke?*

Hirsch: Die Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs resultiert aus den Umbrüchen in Osteuropa. Dort hatte er eine wichtige und, wie ich meine, legitime Bedeutung. Wenn eine Staatsmacht jegliche Form unabhängiger politischer und gesellschaftlicher Organisation unterdrückt, ist der Ruf nach zivilgesellschaftlichen Strukturen selbstverständlich. Blauäugig war die osteuropäische Diskussion da, wo kapitalistische Marktwirtschaft und demokratische Zivilgesellschaft für identisch erklärt wurden. Wichtig war in der osteuropäischen Diskussion auch das damit verbundene Konzept einer sich selbst beschränkenden Revolution: die Skepsis, gesellschaftlich grundlegende Veränderungen durch die Eroberung zentraler staatlicher Machtpositionen erreichen zu können.

Merkwürdig und falsch war, wie der Zivilgesellschaftsbegriff in der hiesigen Debatte aufgenommen wurde. Hierzulande existiert ja nun tatsächlich eine »Zivilgesellschaft«, aber eben eine bürgerlich-kapitalistische, was nur sehr eingeschränkt etwas mit wirklicher Demokratie zu tun hat. Die Frage ist also, wie man den Zivilgesellschaftsbegriff theoretisch und politisch verwendet. Hierzulande fungierte er im wesentlichen als Bekenntnis ehemaliger Linker zur real existierenden kapitalistischen Demokratie. Ich halte aber – wohl im Gegensatz zu euch – nichts davon, den Begriff ersatzlos aufzugeben. Ich glaube, daß es für eine emanzipatorische Linke wichtig ist, am Erbe der bürgerlichen Revolution, an ihren Demokratie-Utopien, an Gewaltenteilung, dezentralen Machtstrukturen, Selbstorganisation, staatsunabhängiger Öffentlichkeit usw. festzuhalten. Völlig falsch ist es jedoch, so zu tun, als seien diese Prinzipien unter kapitalistischen Verhältnissen verwirklichbar.

Beute: Wir haben in erster Linie diese einfache Entgegensetzung von Staat und Zivilgesellschaft kritisiert: wenn also so getan wird, als hätte das eine mit dem anderen nichts zu tun, und sich nicht der geringste Gedanke gemacht wird, wie sich soziale Kräfte organisieren können, um irgendeinen, meinetwegen zivilgesellschaftlichen, Veränderungsprozeß in Gang zu setzen; also wenn so getan wird, als wäre die Gestaltung der Gesellschaft eine Frage der Vernunft in einem herrschaftsfreien Diskurs.

Hinzu kam, daß hier die Zivilgesellschaftsdiskussion so richtig schön in Fahrt kam, als nach 1989 im vereinigten Deutschland völkischer Nationalismus und rassistische Überfälle alltäglich wurden. Da redete vor allem das grüne Milieu noch in aller Ruhe davon, es habe die Bundesrepublik gründlich pazifiziert. Die reale Entwicklung ignorierte man einfach. Zivilgesellschaft hieß in diesem Kontext: Zustimmung zum Projekt völkisch-vereinigtes Deutschland und Lobpreisung von Markt und Demokratie. Es dauerte zwei Jahre, bis auch einige Soziologen merkten, daß dieses Konzept – zumindest als linkes – unglaubwürdig ist.

Hirsch: Ja, dann wurde es erst deutlicher gesagt. Mir ging es auch vor allem darum, daß man den Begriff nicht einfach streichen sollte. Antonio Gramsci[10], der erste marxistische Theoretiker, der sich intensiv mit dem Konzept der Zivilgesellschaft beschäftigte, ist in der trendbestimmenden Diskussion hier praktisch überhaupt nicht wahrgenommen worden. Gramsci hatte den Widerspruch herausgearbeitet, daß die zivile Gesellschaft die Grundlage der bürgerlichen Klassenhegemonie ausmacht und als Teil des »integralen Staates« zu betrachten sei. Die zivile Gesellschaft ist das Bollwerk des kapitalistischen Staates, von staatlicher Macht und Klassenherrschaft. In ihr reproduziert sich die kulturelle Klassenhegemonie. Zugleich ist sie der Ort des Widerstandes, der Bereich, in dem sich eine alternative Hegemonie mit und gegen die bestehende Gesellschaft überhaupt entwickeln kann. Da die bürgerlich-zivile Gesellschaft in gewissem Umfang pluralistisch und dezentral strukturiert ist, ermöglicht sie die Entwicklung alternativer politischer Konzeptionen und Kräfte, die sich aber immer gegen die bestehende Klassenhegemonie und gegen die herrschende Struktur der bürgerlichen Gesellschaft durchsetzen müssen. Für den Kommunisten Gramsci war es noch die proletarische Partei, die aus der Zivilgesellschaft erwächst und sie zugleich überwindet. Wenn wir von der zeitbedingten Hoffnung auf die Partei absehen, sind das immer noch brauchbare Überlegungen.

Beute: In der vorherigen Ausgabe der Beute *hatten wir einen Text von Rhina Roux und Adolfo Gilly abgedruckt. Damit wollten wir die Diskussion unter etwas einflußreicheren mexicanischen Linksintellektuellen dokumentieren. Schon in den Texten der EZLN fiel auf, wie unbedenklich und hoffnungsvoll auch dort mit dem Zivilgesellschaftsbegriff hantiert wird. Es scheint so, daß er auch hier in der einfachen Entgegensetzung zum Staatsapparat verwendet wird oder damit im Grunde umgangssprachlich alles bezeichnet wird, was als nicht-militärisch gilt. Du warst in letzter Zeit häufiger in Mexico und hältst Kontakt zum Kreis um Gilly. Wiederholen sich in Mexico ähnliche Muster, wie du sie vorher für die osteuropäische Diskussion beschrieben hast?*

Hirsch: Die ebenfalls sehr schwach gewordenen mexicanischen Linken von der EZLN über die unabhängigen Intellektuellen bis zu den oppositionellen Sozialdemokraten setzen erstaunlich einhellig auf das Konzept der Zivilgesellschaft. Nun hat der mexicanische Staat in mancher Hinsicht Züge des »realen« Sozialismus, nicht nur in seiner öffentlichen Symbolik. Er dominiert und kontrolliert in Gestalt der Staatspartei als ewiger Regierungspartei die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Organisationen und fast die gesamte politische Öffentlichkeit. »Zivilgesellschaftliche« Strukturen selbst im bürgerlich-kapitalistischen Sinne sind sehr wenig entwickelt. Deswegen haben die osteuropäischen Umbrüche und Diskussionen die mexicanischen Linken so stark beeindruckt. Bei den dort herrschenden Strukturen liegt es nahe, Hoffnungen auf die Herausbildung zunächst einmal bürgerlich-zivilgesellschaftlicher Strukturen zu richten, auf eine Demokratisierung der Verhältnisse im Sinne des bürgerlich-liberalen Parlamentarismus. Die Öffentlichkeitswirksamkeit der EZLN sollte nicht vergessen machen, daß die Linke auch in Mexico sehr schwach ist und die politische Bedeutung der EZLN auch ein Produkt eben dieser Schwäche ist. Für viele mexicanische Linke wäre ein Kapitalismus mitteleuropäischen Typs schon ein wichtiges Ziel, also zum Beispiel einige soziale Sicherungen und halbwegs funktionierende bürgerlich-demokratische Strukturen. Die Diskussion wird auch verständlicher, wenn man bedenkt, daß Oppositionelle in Mexico bisweilen ein physisch höchst gefährdetes Leben führen. Das ist schon etwas anders als hier.

Beute: *Aber Modelle wie den westeuropäischen Wohlfahrtsstaat gibt es ja gerade nur, solange es die vielen Mexicos gibt. Geht es dieser Form von Opposition denn um mehr als die Teilhabe an der Macht?*

Hirsch: Das ist natürlich unterschiedlich. Aber bei bei großen Teilen der mexicanischen Linken spielt das in der Tat eine Rolle. Früher gab es die hiesigen Projektionen auf die Befreiungsbewegungen im Trikont. Heute verlaufen sie bisweilen umgekehrt. Der hoffnungsvolle Blick auf die kapitalistischen Zentren ist allerdings auch nicht ganz neu.

Beute: *Dazugehören zu wollen, das übliche Ranschmeißen an die Macht?*

Hirsch: Ja, das gibt es sicher auch. Aber man darf eben nicht den Autoritarismus des mexicanischen Staates vergessen, den der Schriftsteller Vargas Llosa einmal als das perfektionierteste totalitäre System bezeichnet hat. Der mexicanische Staat hat beispielsweise die intellektuelle Opposition nicht einfach nur unterdrückt oder umgebracht, sondern hat auch erfolgreich versucht, sie ideologisch einzubinden und schlicht einzukaufen: durch gezielte Korruption, etwa indem Inserate in linken Zeitungen geschaltet wurden, um sie ökonomisch abhängig zu halten etc. Außerdem gelang es den Herrschenden immer, Staat und Nation, die ja wirklich aus einer Revolution hervorgegangen sind, positiv zu besetzen. Das antiimperialistische Moment, daß Staat und Nation im antikolonialen Befreiungskampf durchgesetzt wurden, ist immer noch sehr präsent, auch wenn es als Mythos längst nur noch dem Machterhalt der Staatsclique dient. Auch die EZLN hißt die mexicanische Flagge: ein Patriotismus, der uns auf den ersten Blick höchst befremdlich erscheint...

Beute: *... der als Strategie von territorial und rassistisch Ausgegrenzten aber plausibel ist. Sie fordern zunächst, überhaupt Bestandteil der Nation zu werden, eine Herausforderung, der das alte Regime nicht gewachsen ist und deren Einlösung es nicht überleben würde. Scheitert eine solche Strategie, ist der andere Weg zumeist der Separatismus, wie ihn die PKK für den türkischen Teil Kurdistans lange favorisierte. Wobei damit noch nichts über den jeweiligen sozialen Gehalt dieser an die Nation-Form gekoppelten Politikmodelle gesagt ist.*

Hirsch: Ja, aber man muß schon sehen, wie ungebrochen dieser Nationalismus in Mexico mit seinen Symbolen daherkommt. Die Praxis der Hymnen, Fahnen und Aufmärsche ist beeindruckend. In den Schulen geht's jeden Montagmorgen mit dem Fahnenappell los. Schüler und Schülerinnen stehen stramm. Die nationale Symbolik verkörpert zugleich die soziale Tradition der Revolution, und daran, an dieses soziale und antikoloniale Element, versucht die EZLN anzuknüpfen.

Beute: *Ohne aber nationalistische Politik zu betreiben. Sie propagiert einen ausgesprochenen Internationalismus.*

Hirsch: Dazu muß man aber auch sagen, daß das nachrevolutionäre Mexico, selbst in seinen autoritärsten Zeiten, immer ein gewisses Maß an internationaler Solidarität praktiziert hat. Mexico war immer Exilland für viele, nicht nur lateinamerikanische Linke, selbst wenn diese dem Regime nicht unbedingt genehm waren. An diesen Internationalismus kann die EZLN anschließen. Gleichzeitig liegt darin auch ein Grund, warum sich die restlichen Linken in Lateinamerika so schwer tun, den mexicanischen Staat zu kritisieren. Ideologie und Programm der Staatspartei beziehen sich immer noch auf das Konzept einer den Subkontinent übergreifenden sozialen und nationalen Revolution. Der Internationalismus der lateinamerikanischen Revolution blieb zumindest formell ein Bestandteil der Staatsdoktrin, und Mexico ist eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, die keine offene Militärdiktatur hatten.

1 Joachim Hirsch: *Der Sicherheitsstaat.* Das »Modell Deutschland«, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen. Ffm, 1980

2 Joachim Hirsch: *Der nationale Wettbewerbsstaat.* Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv 1995

3 Johannes Agnoli: *Die Transformation der Demokratie.* Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg: Ça Ira 1991

4 Nicos Poulantzas: *Staatstheorie.* Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg: VSA 1978

5 Paul Mattick: *Marx und Keynes.* Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems. Frankfurt am Main: EVA 1971

6 Karl Heinz Roth: *Die Wiederkehr der Proletarität.* Köln: ISP 1994

7 Redaktion diskus (Hg.): *Küss den Boden der Freiheit.* Texte der Neuen Linken. Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv 1992

8 André Gorz: *Abschied vom Proletariat.* Jenseits des Sozialismus. Ffm, 1980

9 Ulrich Beck: *Die Risikogesellschaft.* Auf dem Weg in eine andere Moderne. Ffm, 1986

10 Antonio Gramsci: *Gefängnishefte.* Hamburg/Berlin: Argument 1991 ff.

Das Gespräch führten
Andreas Fanizadeh und Thomas Atzert.

Die Beute 3/95

■ Maskierte demolierten Schaufenster von Kreuzberger Autohaus / Rache für gescheitertes Gesundheitshaus?

Schaufensterbummel mit Steinschlag

„Juden im Widerstand"

„Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und Politischer Aktion Berlin 1939-1945"

Ausstellung vom 13.-27.10.95 im Autonomen Zentrum Wuppertal, organisiert von der AG Geschichte.

Die AG Geschichte hat sich in verschiedenen Projekten mit dem ArbeiterInnenwiderstand und nationalsozialistischer Verfolgung auseinandergesetzt, sowie Vortragsreihen und politische Aktionen veranstaltet. Zuletzt haben sie anläßlich der Befreiungsfeierlichkeiten des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück eine Vortragsreihe und eine Fahrt zur Gedenkveranstaltung organisiert.

Mit der Ausstellung möchten wir die Widerstandstätigkeiten jüdischer Menschen dokumentieren und veröffentlichen. Gerade nach dem offiziellen Gedenken zum 8. Mai wollen wir im Gegensatz zu den politischen Kräften, die jetzt den Schlußstrich unter die Geschichte des Nationalsozialismus ziehen wollen, weiter aktive Erinnerungsarbeit organisieren. Mit der Ausstellung und dem Rahmenprogramm soll das Interesse für eine eigene Forschungsarbeit in Wuppertal geweckt werden, die sich auf die Suche macht, nach den noch namenlosen Akteuren der jüdischen Selbstbehauptung und des jüdischen Widerstandes. Wir wollen auf die verschüttete und fast ausgelöschte Kultur der Wuppertaler Juden und Jüdinnen aufmerksam machen. Und natürlich soll die Ausstellung allen ein Ansporn und eine Verpflichtung sein, sich Faschisten und Rassisten entgegenzustellen. Aus diesem Grund ist die Ausstellung bewußt eingebettet in antifaschistische Aktionen und Demonstrationen, die im Oktober und November als Antifaschistische Wochen stattfinden werden. Die Ausstellung „Juden im Widerstand", deren Leihgeber die Informationsstelle „Jugend unterm Hakenkreuz" Berlin und das Dr. Bamberger Haus Rendsburg sind, dokumentiert die bisher wenig bekannte Geschichte der Selbstbehauptung, des Widerstandes und des Überlebenskampfes von Juden in Berlin. Anhand zum Teil unveröffentlichter Dokumenten und Fotos, sowie Erinnerungen von Zeugen und Beteiligten, werden drei Berliner Gruppen vorgestellt.

Die Ausstellung, beruht auf den Ergebnissen eines Projektes, das 1990 von der Informationsstelle „Jugend unterm Hakenkeuz e.V." initiiert wurde. Ergebnisse dieses Projektes wurden erstmalig vom März bis Juni 1993 in Berlin - unweit des ehemaligen jüdischen Scheunenviertels - ausgestellt. In den vergangenen zwei Jahren wurden Teile dieser Ausstellung in mehreren anderen bundesdeutschen Städten - u.a. Kiel, Hamburg, Frankfurt - gezeigt.

Ihr Ziel ist es, den vielfach negierten jüdischen Widerstand in seiner ganzen Breite am Beispiel Berlins zu erfassen und näherzubringen. Stereotype Helden und Märtyrerfiguren, wie sie in Ausstellungen zum Widerstand vielfach dargestellt werden, finden sich hier nicht. Stattdessen begegnen uns differenzierte, verletzliche und mutige Persönlichkeiten, deren Widerstand von innerer Selbstbehauptung bis zu militanten Aktionen gegen das nationalsozialistische Regime reichte.

Die Ausstellung wendet sich gegen die strikte Rollenzuteilung von Juden und Jüdinnen in Geschichtsschreibung und Öffentlichkeit. Dem absichtsvoll entworfenem Geschichtsbild, die Juden seien „ wie die Lämmer zur Schlachtbank" gegangen - was einer indirekten Schuldzuweisung gleichkommt - wird entgegengetreten.

Nicht anonyme Opfer, sondern selbstbewußt handelnde Individuen werden gezeigt.

Während der 14-tägigen Ausstellung ist ein Rahmenprogramm mit Lesungen, Referaten, Diskussionen und Konzertveranstaltungen organisiert. Inhaltliche Schwerpunkte sind sowohl die Darstellung der Widerstandstätigkeit der Berliner Gruppen, als auch die Auseinandersetzung mit dem Schicksal der jüdischen Menschen in Wuppertal und die Diskussion über Antisemitismus.

Donnerstag 17.00h
9.11.1995 Kerstenplatz Wuppertal
Antifaschistische Demonstration zum Jahrestag der Reichsprogromnacht

Samstag 11.00h
11.11.1995 Kerstenplatz Wu[illegible]
Antifaschistischer Stadtrund[illegible]g

Autonomes Zentrum
Wiesenstr.11
42105 Wuppertal

4.11.95, Samstag

16.00 AZ
Besuch und Kundgebung
bei einem
Nazikriegsverbrecher

4.11.95 - Ein Besuch bei einem Nazi-Mörder.

"Und während die Opfer sich in Alpträumen quälen, joggen die ehemaligen Täter als rüstige Rentner fröhlich um ihre Vorgärten..."

Eigentlich kommen wir Jahrzehnte zu spät, die Linke hat es versäumt die rüstigen TäterInnen direkt mit ihren Verbrechen zu konfrontieren. Die BRD wurde von den NS-Mördern mitaufgebaut. In Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Justiz saßen bereits wenige Jahre nach dem Ende des "Tausendjährigen Reiches" wieder die bewährten Fachleute von damals. Diese Mörder und ihre Helfershelfer, von Globke, Kiesinger bis zu Filbinger haben diesen Staat, seine Kultur und sein Klima entscheidend mitgeprägt. Belastete Nazigrößen wurden elegant mit Hilfe des Vatikans, des Roten Kreuzes und der deutschen Botschaften in schicken Ferienorten in aller Welt endgelagert.
Spät, aber nicht zu spät wollen wir einem Nazimörder zu Leibe rücken:
Im Anschluß an die Ausstellung wird es am 4.11.95 eine Kundgebung bei einem nicht bestraften Nazikriegsverbrecher und Mörder geben.
Ähnlich wie bei dem ehemaligen Bürgermeister von Ochtendung, Lehnig-Emden, der sich als Soldat in Italien an Massakern gegen die Zivilbevölkerung beteiligt hat, ist der rüstige Kriegsverbrecher, den wir besuchen werden, wie so viele andere der Nazimörder durch die Maschen des deutschen Rechtsstaates geschlüpft und lebt seitdem unbehelligt in einer Stadt im Rheinland.
Geplant ist eine gemeinsame Bus- oder Zugfahrt in die Stadt des Mörders , dort soll vor dem Haus des Kriegsverbrechers eine Kundgebung stattfinden, die wir mit den örtlichen Gruppen vorbereiten werden. Um sicher zustellen, daß der Kriegsverbrecher nicht vor der Kundgebung verreist, werden wir die genauen Örtlichkeiten erst kurz vorher den TeilnehmerInnen und der Presse mitteilen.

Ein kleiner Hinweis an die Staatsschutzbullen, bevor sie sie alle Naziverbrecher im Bundesgebiet schützen. Die Mörder des jüdischen Antifaschisten Oskar Lauffer sind es nicht. Die sind vor wenigen Jahren in Wuppertal verstorben, ohne das jemand sie zur Verantwortung gezogen hat. Interessanter, weil lebendiger könnten die Gestapobeamten aus Wuppertal sein , die am Massaker in der Wenzelberg-Schlucht 1945 beteiligt waren. Auch sie, obwohl sie namentlich bekannt sind, haben nie einen Gerichtssaal von innen gesehen!

Welcher Zukunft zugewandt?

Wolfgang Schäubles Weltbild und Politikkonzept im Lichte neokonservativer Modernisierungsversuche / Eine Analyse von Maren Witthoeft

Wolfgang Schäuble, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und potentieller Nachfolger Helmut Kohls im Bundeskanzleramt, gilt als profilierter Ideologe des Konservatismus der neunziger Jahre. Er gilt als der profilierteste Politiker in konservativen Kreisen, der über eine Vision und ein relativ geschlossenes Denksystem verfügt, das er in seinem Mitte letzten Jahres bei Siedler veröffentlichten Buch mit dem Titel „Und der Zukunft zugewandt", dargelegt. (...) Inwieweit Schäuble diesem Anspruch gerecht wird und ob sein „Zukunftsprojekt" im Lichte neokonservativer Modernisierungsversuche Bestand hat, diesen Fragen werde ich im folgenden nachgehen. (...)

Entwicklung des Konservatismus seit den sechziger Jahren

Die damaligen politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen in der Bundesrepublik bewirkten ein Umdenken des Konservatismus. Dieser befand sich angesichts einer sozial-liberalen politischen wie kulturellen Hegemonie in der Defensive und war durch interne Heterogenisierungstendenzen geschwächt. In den Zeiten des Wiederaufbaus und des sogenannten „Wirtschaftswunders" war die Sicherung von Stabilität und Loyalität an staatlich garantierte soziale und materielle Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität und nicht zuletzt an ein „kollektives Beschweigen" (Lübbe) der jüngsten deutschen Vergangenheit gebunden. Bedrohlich mußte dem Konservatismus der sechziger Jahre zum einen das Aufkommen von Protestbewegungen wirken, das mit einer Kritik an der Erstarrung der Gesellschaft, an der Verdrängung der Vergangenheit, am „eindimensionalen Menschen" und einem Aufbruch in Richtung einer postmaterialistischen Werteorientierung einherging.

Politisch-partizipatorische Ziele, Technik- und Repressionskritik, die Rückkehr der Ideologien, die der technokratische Konservatismus für überwunden geglaubt hatte, setzten eine Neuorientierung im konservativen Lager in Gang. Zum anderen wurde der erste ökonomische Einbruch in den sechziger Jahren als Schock erlebt. (...)

Im konservativen Lager begann eine Phase der Modernisierung und Reideologisierung, die Ende der siebziger Jahre zu einem vorläufigen Abschluß kam. Niederschlag fand diese Umorientierung zum einen in dem 1978 verabschiedeten Grundsatzprogramm der CDU, zum anderen in der Formierung eines staatskonservativen Flügels, der seit der sogenannten Wende 1982/83 an Einfluß gewonnen hat. Zugespitzt formuliert, bestand der Paradigmenwechsel vom technokratischen Konservatismus zum Neokonservatismus darin, daß die bisherige Legitimationssicherung über wirtschaftliches Wachstum und „Wohlstand für alle" (Erhard) ergänzt wurde durch den neokonservativen Rekurs auf Werte, auf Traditionen und die Nation als einem vorstaatlichen Band".

Die Krisentherapie des Neokonservatismus griff keine der damals vorhandenen politischen und ökonomischen Reformbestrebungen auf. Sie ging vielmehr davon aus, daß die Krise allein Ausdruck eines kulturellen Umbruchs sei, der zu Legitimationsproblemen des politischen Systems führe. Die Legitimationskrise erkannte der Neokonservatismus im Autoritätsverfall des politischen Systems, im Vertrauensschwund gegenüber der Politik und in Orientierungskrisen. Der Ursprung dieser Entwicklung wurde in der „Inflation der Ansprüche", der Ausbreitung einer „hedonistischen Alltagsethik", dem Mangel an Zustimmungsbereitschaft, aber auch in einer „Entfesselung" der Gesellschaftskritik gesehen. Diesem kulturellen Wandel wollte und will der Neokonservatismus mit der Pflege traditioneller Werteorientierung und mit der Schaffung eines neues Staatsbewußtseins begegnen.

Standortsicherung und Marktradikalismus

Wie sieht die neokonservative Therapie der Gesellschaft nun im einzelnen aus? Zu konstatieren sind zwei verschiedene Reaktionsmuster, die den Neokonservatismus als eine Kombination aus technokratischem und etatistischem Konservatismus ausweisen. Der Neokonservatismus hat sich keineswegs vom Konzept des technischen Staates verabschiedet. Der neue technokratische Konservatismus der „Versöhnungsgesellschaft" forciert die Einführung neuer Technologien. Verdrängt wird die fordistische Maschinen- und Fließbandtechnik in der Hoffnung, damit die strukturellen Probleme des alten Technokratiemodells in den Griff zu bekommen, seien es die ökologischen Probleme, die Ressourcenknappheit oder die Arbeitslosigkeit.

Der neue „Sachzwang der internationalen Konkurrenz", wie es Richard Saage in seiner Kritik des Neokonservatismus formuliert, so die nicht nur im konservativen Lager verbreitete Argumentation, mache die Einführung neuer Technologien notwendig, will die Bundesrepublik den Abschluß und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sichern.

Der neue technokratische Konservatismus setzt auf die Kräfte des Marktes, auf Deregulierung und Privatisierung und zugleich auf eine „Schonung" (Lübbe) des Staates. Er läuft Sturm gegen die sozialen und demokratischen Errungenschaften, die als Standortnachteile kritisiert werden. Auch Schäuble sieht den „Standort Deutschland" in mehrfacher Hinsicht belastet: „Durch hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, Steuern, Abgaben und Energiepreise, ein hypertrophes Netz rechtlicher und administrativer Regelungen, (...) durch geringer gewordene Leistungsbereitschaft und stärkere Freizeitorientierung, Sicherheits- und Anspruchsdenken, mangelnde Flexibilität und Mobilität." (S. 132)(...)

Die Sicherung des „Standort Deutschland" wird zur Leitmaxime staatlicher Politik. Alle vorgebrachten Einwände, wie der Hinweis auf die Risiken, die mit den neuen Technologien verbunden sind, auf den Verlust von Arbeitsplätzen im Zuge struktureller Anpassungs- und Rationalisierungsprozesse oder der Verweis auf die negativen ökologischen Folgen einer fortschreitenden kapitalistischen Produktionsweise oder den ungerechten Welthandel, treten hinter das Ziel zurück, den Anschluß zu halten. Eine bekannte Folge dieser Entwicklung ist die soziale Spaltung zwischen jenen, die sich einen qualifizierten und hochdotierten Arbeitsplatz sichern können und jenen, die dauerhaft von Arbeitslosigkeit und Verarmung bedroht sind.

Neokonservative Kulturpolitik

Die neoliberale Wirtschaftspolitik wird flankiert von einem zweiten Reaktionsmuster, der neokonservativen „Wertekulturpolitik" (Saage). Konfrontiert mit den Folgen ihrer eigenen Politik, wie neue Armut, wachsende Arbeitslosigkeit, Gewaltbereitschaft und Parteienverdrossenheit, versuchen neokonservative Strategien ein „geistiges Band" um die gespaltene Gesellschaft zu knüpfen. Ziel ist die Förderung einer kollektiven Identität, um damit die geschwächten Integrationsmechanismen wie Vollbeschäftigung, Technikgläubigkeit und Wirtschaftswachstum, zu stützen bzw. zu ersetzen. Der Neokonservatismus fürchtet, daß mit der stagnierenden Wachstumsdynamik, den Folgen des technologischen Umbaus und dem Sozialabbau die Grenze der Belastbarkeit des Staatsbewußtseins schnell erreicht ist. Die „Staatsbejahung" muß also auf andere Fundamente gestellt werden. (...)

1. Erziehungskonzepte: „Mut zur Erziehung"

Erstens ist die Ebene der Sozialisation zu nennen. Als richtungsweisend für die Mobilisierung traditioneller Werthaltungen gelten hier die von Hermann Lübbe verfaßten Thesen, die 1978 unter dem Motto „Mut zur Erziehung" veröffentlicht wurden und inzwischen als Klassiker neokonservativer Erziehungsideale gelten. Das Ziel dieser Erziehungsoffensive war die Einübung sekundärer Tugenden und die Vermittlung von Orientierungsmustern, welche das Individuum dazu erziehen, das eigene Interesse als Dienst an der Gemeinschaft zu definieren und den Zielen des Staates unterzuordnen. Nicht die Erziehung zur Mündigkeit, sondern die Erziehung zur Rechtstreue und eine selbstverständliche Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und der staatlichen Autorität wird angestrebt.

Schäuble beklagt, „daß sich die Einstellung der Menschen zu überkommenen Autoritäten dramatisch gewandelt hat. Nichts wird mehr akzeptiert, ohne es nicht zuvor kritisch zu hinterfragen" (S. 96). Demgegenüber zieht er für die

achtziger Jahre eine positive Bilanz, da „das Erschrecken vor den technischen Möglichkeiten, unsere Lebenswelt im Großen wie im Kleinen zu verändern, zu manipulieren, oder gar zu zerstören, (...) (von der) Renaissance einer positiven Einstellung zu Wissenschaft und Technik" abgelöst worden sei. Und weiter: „Die Faszinationschraft der technischen Welt ist dem faulen Zauber der nur für kurze Zeit zeitgeistkonformen Modernitätskritiker nicht erlegen" (S. 90). Den geistigen Wandel und risikofreudigen „Mut zur Zukunft" (Kohl) will Schäuble nutzen, um wieder mehr „Geborgenheit" in der Gemeinschaft zu schaffen und die „rüde Konsumentenhaltung gegenüber Staat und Politik" zu überwinden sowie „Bürgersinn, Pflichtgefühl und Dienst an der Gemeinschaft" zu pflegen (S. 53).

Damit sich dieser Bürgersinn in die Richtung entwickelt, die Schäuble vorschwebt, und nicht in eine Richtung tendiert, die Bürgersinn und Pflichtgefühl mit Demokratisierung und Eigeninitiative von unten assoziiert, möchte Schäuble bestimmte „Elemente der Verklammerung" stärken (S. 46), die nach dem Wegfall des äußeren aus der Ost-/West-Konfrontation resultierenden Drucks um so mehr an Bedeutung gewonnen haben.

Gemeinschafts- und identitätsstiftend und verhaltensleitend wirken sollen zum einen die staatlichen Institutionen. Eine gefestigte, emotionale Bindung könne aber allein über gemeinsame Werte, Traditionen und die Identifikation mit der Nation entstehen. „Bürgersinn" stellt sich für Schäuble somit als Resultat einer „Einübung in eine vorgefundene Tradition" dar (S. 55). Als gemeinschaftsbildende Traditionen, die im Gefolge der Kulturrevolution von 1968 zerstört worden seien, daß an ihre Stelle neue verbindende Werte getreten wären, nennt Schäuble den Gehorsam gegenüber dem Staat und seinem „christlichen Normenhintergrund" (S. 55) sowie die Achtung von Gemeinschaft, Familie und Vaterland (vgl. S. 65).

Desweiteren möchte er die Sekundärtugenden, wie „Fleiß, Ordnungsliebe und Pünktlichkeit" und die Achtung der Autorität wieder in ihrer Bedeutung stärken. Leisten soll dies die Erziehung in Schule und Familie, aber auch die Politik. Deren Aufgabe definiert er folgendermaßen: „Eine Regierung kann nur für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgen, unter denen sich Wirtschaft und Gesellschaft frei zu entfalten vermögen, und diese Rahmenbedingungen sind zu einem wesentlichen Teil psychologischer Natur" (S. 66).

2. Geschichtspolitik: „Gesundes Traditionsbewußtsein"

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wird der Werteerziehung und dem Zukunftsoptimismus ein weiteres flankierendes Orientierungsmuster zur Seite gestellt, nämlich die Stiftung eines gesunden Traditionsbewußtseins. Dies ist der zweite Ansatz der neokonservativen Krisentherapie. Das Ziel ist, kurzgefaßt, die Vermittlung eines Geschichtsbildes, welches „Wegweiser" (Stürmer) zu einer positiven Identifikation mit der ganzen deutschen Geschichte eröffnet. Darüber soll es gelingen, das Nationalbewußtsein der Deutschen zu stärken, entlastende Traditionen bereitzustellen und die Legitimationsschwäche des politischen Systems auszugleichen.

Dies kann freilich nur über eine Aussöhnung mit der gesamten deutschen Geschichte geschehen. Dafür sei ein Zurückdrängen der desintegrativ wirkenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zugunsten der integrativen Geschichtsaneignung notwendig. (...)

Schäuble setzt auf vorpolitische und vordemokratische Instanzen und Werte und schließt damit implizit eine Neuformulierung des Staatsbürgerrechts und einen kulturellen Pluralismus aus. Er hält fest an der im Grundgesetz verankerten Behauptung der vorstaatlichen Existenz einer deutschen Nation.

3. Sozialstaatskonzept: Familie als „aktiver Verfassungsschutz"

Neben den beiden bisher genannten Therapien, die das Ziel einer „geistig-moralischen Erneuerung" auf der Ebene der Erziehung und der Geschichtspolitik verfolgen, setzt der Neokonservatismus auf die Neubewertung des Staates. Diese äußert sich in einer Entlastung im Leistungs- und Versorgungsbereich und einer Aufwertung im Sicherheits- und Ordnungsbereich.

Die Entlastung des Staates von den sozialen Folgen des krisengeschüttelten Kapitalismus und den Ansprüchen auf sozialen Ausgleich erfolgt über die Neuformulierung des Subsidiaritätsprinzips und eine Überprüfung des Sozialstaatsprinzips zugunsten existentieller Selbstverantwortung. Schäuble erklärt die Familie im traditionellen Sinne zu einer „staatspolitischen Notwendigkeit erster Ordnung. (S. 111) Die Familie sei „aktiver Verfassungsschutz" (S. 115), da sie die einzelnen vor direktem Zugriff des Kollektivs bewahre und damit „Schutz der Freiheit gegen totalitäre Ansprüche" garantiere. Die Familie bleibt ihm „einer der wichtigsten Garanten der Freiheitlichkeit in einer liberalen Gesellschaft" (S. 115).

Nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften bezeichnet er hingegen als für die Gemeinschaft unnütz, da sie nicht auf Dauer angelegt unter einem „voluntaristischen Vorbehalt" stünden (S. 117). In seiner Haltung zu unehelichen Lebensgemeinschaften wird Schäubles Menschenbild erkennbar, das den Menschen als egoistisches, Verantwortung scheuendes Wesen erachtet, das durch staatliche Maßnahmen und Reglementierungen zur Übernahme von Verpflichtungen gezwungen werden muß.

An anderer Stelle spricht Schäuble allerdings wieder von einem „zur anthropologischen Grundausstattung zählenden Selbstverantwortungspotential" (S. 78). So wird letztlich beides anthropologisch legitimiert: Die Notwendigkeit staatlich sanktionierter Beziehungen in Gestalt der Ehe und der Abbau des Sozialstaates. Gerechtfertigt wird der Abbau des Sozialstaates mit der „gemeinschaftsschädlichen Tendenz der Nivellierung" einerseits, einer sich ausbreitenden „Vollkaskomentalität", so Schäuble, andererseits.

Schäuble hält den Sozialstaat aber nicht nur für gemeinschaftsschädlich, sondern auch für historisch überholt, da eine auf materieller Zuwendung beruhende Sozialpolitik die Probleme der sozialen Randgruppen nicht lösen könne und zudem Armut und Ausbeutung keinen „funktionalen Nutzen" mehr haben, da diese nicht mehr der „Bereicherung der Reichen" diene (S. 101).

Als ein erstes Fazit kann festgehalten werden, daß der Neokonservatismus nicht allein auf die Möglichkeit kurzzeitiger Entspannungen der ökonomischen Lage vertraut. Die strukturell bedingte Dauerarbeitslosigkeit und die, im nationalen Rahmen betrachtet, wachsende Verarmung können auch in den kurzen Phasen der Prosperität nicht mehr kompensiert werden. So versucht der Staat „Auffangstellungen", einen krisenfesten Wertehorizont für den Fall sich verschärfender ökonomischer und sozialer Krisen zu schaffen. Soziale Ungleichheit wird damit in Kauf genommen, „Leistung muß sich wieder lohnen" (S. 74), lautet die flankierende Formel Schäubles. Die harte Tugend der Leistung und die weiche Tugend der Solidarität sollen den Sozialabbau „sozialverträglich" gestalten. Wirtschaftliche und politische Probleme werden so auf ein Tugendproblem reduziert.

Die Rolle des Staates: „Leviathan statt Milchkuh"

Parallel zu diesem Abbau von „Legitimationszumutungen" (Habermas) in Form einer Schlankheitskur für den Sozialstaat, vollzieht sich eine Neubewertung des Staates als „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft" und eine Aufwertung der

Staatsfunktionen, wiederum auf Kosten der Demokratie. Diese gleichzeitige, auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklung, erläutert Schäuble mit den Worten Ernst Forsthoffs, an dessen Kritik der Erosion staatlicher Autorität Schäuble anknüpft: „Wir haben zuviel Staat in der durch ein problematisches Gleichheitsstreben (...) ausgeweiteten Gesetzgebung und Verwaltung. Wir haben zuwenig Staat in allem, was die Behauptung unserer äußeren und inneren Sicherheit und Ordnung betrifft, wir haben zuwenig Staatsgesinnung. Wir haben deshalb zuviel und zuwenig Staat — jeweils an der falschen Stelle." (S. 109) Ruhe und Staatsbejahung erkaufe sich der Staat durch Nachgiebigkeit", auf der Strecke bleibe dabei das Leitbild vom Staat als dem „Garanten der Freiheit".

Die Aufwertung der Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen des Staates soll diesen befähigen, den Zusammenhalt im Inneren und den Schutz nach außen zu garantieren. Der Konservatismus reagiert damit auch auf die Demokratisierungsansprüche, die seit den siebziger Jahren in den „neuen sozialen Bewegungen" und 1989 in der ostdeutschen Bürgerbewegung Gestalt angenommen haben. Die Suche nach neuen Formen der Sistierung dieser Demokratisierungsprozesse führen zu einer Renaissance des Politischen, wobei das Politische stets mit dem Staat und dem formellen politischen System identifiziert wird. Im „Ernstfall" soll sich der Staat als Ordnungsstaat erweisen können. (...)

Die staatlichen Institutionen sollen in verstärktem Maße die Funktion innenpolitischer Befriedung und die Abwehr nach außen übernehmen und garantieren. Der Auflösung klarer Feindbilder und deren Flexibilisierung wird mit einer Politik begegnet, die auf Abwehr und Abschottung nach außen und eine verschärfte Sicherheitspolitik und auf geistige Führung im Inneren setzt. Gegen Bedrohungen von außen — und dazu zählt Schäuble auch die „Überwanderung oder Überfremdung" (S. 31) — und im Inneren müsse der Staat wieder zur Schutzmacht werden.

Diese Bestimmung der Staatsfunktion greift auf das frühe Ordnungsdenken der konservativen Theoretiker Ritter, Forsthoff und Gehlen sowie auf den Politikbegriff Carl Schmitts zurück. Der Rückgriff auf nationale Traditionen war für Ritter eine Möglichkeit, die Reduktion des Menschen auf seine „bloße Bedürfnisnatur", auf den Träger von Produktion und Konsumation, zu kompensieren. Forsthoff sah im „souveränen Staat" die stabilisierende Kraft der modernen Gesellschaft. Der Staat als „Hüter des Gemeinwohls", so Forsthoff, müsse die Macht zur Entscheidung haben, befreit von moralischen Rechtfertigungsverpflichtungen. (...)

Die Abneigung Carl Schmitts gegen Demokratie und Gleichheit, Öffentlichkeit und Diskussion, seine Abscheu gegen universale Menschenrechte und Moral in der Politik und die Suche nach geistiger Autorität — diese Tendenzen lassen sich auch im Neokonservatismus ausmachen. Politik wird nicht als demokratischer Prozeß der Kompromißbildung und Konsensfindung verstanden, sondern als Dezision des starken Staates. In diesem Sinne plädiert Schäuble für die Stärkung des repräsentativen Prinzips und warnt die Politik davor, „dem Drang zur Basisnähe" zu erliegen (S. 182). Dem Legitimationsverfall der Politik und des technisch-industriellen Systems will Schäuble also nicht mit einer Verteilung politischer Macht, von Kompetenzen und Zuständigkeiten — kurz: Demokratisierung — begegnen, sondern mit der Stärkung und Ausweitung staatlicher Kompetenzen und einer weiteren Monopolisierung der politischen Macht. Die Stichworte lauten: „Führung" und „Entscheidung statt Diskurs", so Schäuble in einem Spiegel-Interview Anfang 1994.

Zusammenfassung

Der Neokonservatismus ist als eine Reaktion auf die Krise des kapitalistischen Wirtschaftsmodells und den Verfall des „hochnötigen Vertrauenskitts" (Lübbe) zu interpretieren. Auf diesen Verfall wird erstens mit neuen Integrationsstrategien reagiert, etwa in der Bildungs-, Familien- und Geschichtspolitik. Zum zweiten wird der Krise mit einem Rückzug auf die klassischen Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen des Staates begegnet. Schäuble setzt auf seine Vision einer moralisch geläuterten Marktwirtschaft, die nicht mehr über den Ausgleich sozialer Ungerechtigkeit stabilisiert werden soll, sondern mittels gemeinschaftsstiftender Identitäts- und Wertedebatten, flankiert von einem Staat, der den Bürgern und Bürgerinnen wieder das Gefühl von Sicherheit im Inneren und Schutz von äußeren Bedrohungen vermitteln soll. Dies kann freilich nur ein starker, notfalls repressiver Staat leisten.

Vieles spricht dafür, daß die letztgenannte Strategie des Staates um so mehr an Bedeutung gewinnen wird, je mehr die ökonomisch-soziale Ausgrenzung zu innergesellschaftlichen Polarisierungen und Konflikten führen werden, die sich nicht mittels nationaler Sinnstiftung, Tugendkataloge und moralischer Appelle überdecken lassen. Fortschreitende Ungleichheit, Marginalisierung und ökologische Verwüstungen führen die Versprechungen auf Prosperität und „Wohlstand für alle", auf ökologische Umgestaltung der Wirtschaft und eine gerechtere Weltmarktpolitik ad absurdum. Ob da die neokonservative Utopie einer Tugendgesellschaft neue Orientierungen und Hoffnungen bereitstellen kann, ist eher zu bezweifeln.

Die Integration mittels der Werte- und Geschichtspolitik könnte auch dann an Grenzen stoßen und damit Formen der Repression und Abschreckung stärken, wenn die inneren Widersprüche des neokonservativen Politikmodells deutlicher hervortreten, etwa deren wortgewaltiger Einsatz gegen die Zerstörung des Sozialen bei gleichzeitigem Festhalten an der Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft oder der Widerspruch zwischen der Idealisierung und Beschwörung der traditionellen Familie und der tatsächlich betriebenen Familien- und Sozialpolitik der Kohlregierung.

Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß es gelingt, die soziale Marginalisierung mittels sozialer Prävention und gesellschaftspolitischer Integrationsmechanismen unter Kontrolle zu halten, die Unzufriedenheit und Kritik an der Politik auf Randgruppen, v.a. die Immigranten, abzuleiten und den „Standort Deutschland" durch eine weltmarktorientierte Industriepolitik und entsprechende Ressourcensicherung, notfalls mit Hilfe militärischer Intervention, zu sichern.

Zum Schluß noch eine Anmerkung zu der hier zur Diskussion stehenden Veröffentlichung Schäubles. Gemessen an dessen Anspruch, sich den Herausforderungen zu stellen und Lösungen für zentrale Zukunftsfragen zu finden, sind drei Anmerkungen notwendig. Erstens bleibt nach der Lektüre der Eindruck zurück, daß Schäuble die brennenden internationalen und nationalen Probleme unserer Zeit entgegen seines Anspruches gar nicht thematisiert. So werden zentrale Zukunftsfragen, wie die soziale Desintegration, die Demokratisierung, die rechtsextremen und ausländerfeindlichen Potentiale in der Gesellschaft, das Weltflüchtlingsproblem, die notwendige Reform des Staatsbürgerrechtes oder die Bedrohung des ökologischen Gleichgewichts, nur am Rande oder gar nicht thematisiert.

Zweitens spricht Schäuble so gut wie gar nicht über die Rolle der Bürger und Bürgerinnen bei der Bewältigung der „Herausforderungen". Er spricht von der „Verantwortung" der Politik und vom „Vertrauen" der Bevölkerung, und damit scheinen die Rollen verteilt zu sein. Drittens erstaunt, daß sein Blick in die Zukunft seltsam rückwärtsgewandt und statisch ist, als seien mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende der DDR nicht auch die alte Bundesrepublik Geschichte und damit die Grundsätze westlicher Politik zumindest zur Diskussion zu stellen.

Es stellt sich also die Frage, was Schäuble mit seinem Buch bezweckt. Es ist, so meine Einschätzung, zum einen als Versuch zu begreifen, Deutschlands neue Rolle als international agierende Großmacht zu bestimmen. Zum anderen legt Schäuble mit diesem Buch seine Interpretation der Krise des westlichen Wachstumsmodells dar, die er als eine geistig-moralische Krise verstanden wissen will. Damit im Zusammenhang steht die Abrechnung mit dem westdeutschen friedensbewegten, aber Verantwortung scheuenden Wohlstandsbürger, der als ein von „Vollkaskomentalität", Risikoscheu, Elitenfeindlichkeit, von Sattheit und Sicherheitsdenken gezeichnetes Wesen beschrieben wird. Wie er dieser „Grundmentalität" entgegenwirken will, habe ich zu zeigen versucht.

Was mit dem jüngsten Buch Schäubles vorliegt, ist kein politischer und sozialer Zukunftsentwurf, vielmehr ist es ein Versuch, die moralische und die nationale Frage ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte zu rücken und diese als die zentralen Zukunftsfragen auszugeben.

Schaufensterbummel mit Steinschlag

■ Maskierte demolierten Schaufenster von Kreuzberger Autohaus / Rache für gescheitertes Gesundheitshaus?

Notdürftig geflickte Scheiben gestern am Autohaus am Heinrichplatz *Foto: Rolf Zöllner*

So viele Leute wie gestern drückten sich seit der Eröffnung des Autogeschäftes „Amore Automobile Moresco" vor zwei Monaten wohl kaum die Nasen an den Schaufenstern platt. Doch ihr Interesse galt weniger den Wagen mit ledernen Schaltknäufen als der demolierten Fensterfront.

Am Samstag morgen gegen zwei Uhr schmissen nach Polizeiangaben etwa zwanzig Maskierte die fünf Schaufensterscheiben des Autoladens in der Mariannenstraße 9–10 nahe dem Heinrichplatz mit Pflastersteinen ein. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Die Polizei ermittelt wegen schweren Landfriedensbruchs.

Die Schaufensterscheiben in dem erst vor kurzem fertigsanierten Gebäudes waren gestern notdürftig mit Glas und Klebeband geflickt. Die Reklame über der Glasfront und einige Fenster in der darüberliegenden Büroetage waren noch kaputt. Die ausgestellten Fahrzeuge von Fiat und Alfa Romeo, zwischen denen der Fiat-Werbeslogan „Leidenschaft ist unser Antrieb" prangt, haben bis auf kleine Kratzer nichts abbekommen.

Viele Türken und Deutsche liefen gestern an dem Autogeschäft vorbei und schüttelten den Kopf. Eine Erklärung für den Scherbenhaufen hatten die wenigsten. Zwei Männer, die die notdürftig geflickten Scheiben mit unübersehbarem Wohlgefallen betrachteten, äußerten sich nur knapp: „Gewalt bringt nichts."

Die spektakuläre Aktion ist möglicherweise ein Racheakt für das nicht zustandegekommene Gesundheitshaus in dem ehemaligen Bewag-Gebäude. Nach einer Besetzung des jahrelang leerstehenden ehemaligen Umspannwerkes 1989 durch Frauen- und Lesbengruppen hatte die Bewag dem Bezirk Kreuzberg zugesichert, das über 1.200 Quadratmeter große Gebäude entweder mieten oder kaufen zu können.

Doch schließlich verkaufte die Bewag das Haus aufgrund fehlender finanzieller Zusagen der Finanzverwaltung für 2,77 Millionen Mark an die Vertreterin des benachbarten Autohauses „Mehner", Karin Moresco.

Gegen diesen Verkauf legte das Bezirksamt Widerspruch ein. Der Kaufpreis liege über dem Verkehrswert, und der Verkauf an einen Privateigentümer widerspreche dem angestrebten Sanierungsziel Gesundheitshaus, das auch durch das Abgeordnetenhaus begrüßt worden war, hatte der Bezirk argumentiert. Doch das Verwaltungsgericht entschied zugunsten der Bewag und der Käuferin, die gegen den Widerspruch Rechtsmittel eingelegt hatten.

Kreuzbergs Baustadträtin Erika Romberg (Bündnis 90/Die Grünen) sieht keinen Zusammenhang zwischen dem gescheiterten Gesundheitshaus und dem Scherbenhaufen. Seit das Projekt Gesundheitshaus aus Geldmangel zu den Akten gelegt worden sei, müsse man sich jetzt vielmehr um die Gestaltung der Freifläche neben dem Autohaus kümmern, das ebenfalls der Eigentümerin gehört.

Eine Bebauung dieser „wichtigen städteräumlichen Kante" im Sanierungsgebiet Kottbusser Tor müsse von einem Wettbewerb begleitet werden. Doch seit den Gesprächen vor anderthalb Jahren habe sich noch nichts getan.

Barbara Bollwahn

Helmut Kohl erstmals auf dem Alex

Jubel und Buh-Rufe hielten sich die Waage

10 000 waren neugierig auf Helmut Kohl und kamen am Freitag abend auf den Alexanderplatz. Es war das erste Mal, daß der Kanzler im Osten Berlins auftrat.

„Die Mauer muß weg, die Mauer muß weg". Eine Hundertschaft Jugendlicher in dunklen Kapuzen-T-shirts skandierte diese Parole bis zur Heiserkeit. Ihr Protest galt einer Reihe mindestens genauso junger CDU-Anhänger, die mit Plakaten einen „Schutzwall" um den Kanzler und seine Anhänger gebildet hatten. Die Plakate trugen unter anderem so sinnige Sprüche wie „Lieber Eberhardt als sauweich".

Der „Kanzler der Einheit" teilte am Freitag abend den Alexanderplatz. Als er gegen 18 Uhr auf die Tribüne stieg, erhob sich innerhalb der Absperrgitter lauter Jubel. Außerhalb war ohrenbetäubender Lärm zu hören. Pfiffe aus Trillerpfeifen schlugen Helmut Kohl entgegen. PDS-Fahnen tauchten auf und Plakate, auf denen „Lieber Hanf statt Kohl" zu lesen war.

Helmut Kohl auf dem Alex. Foto: dpa

Helmut Kohl kennt das schon. Wie im Bundestagswahlkampf, wo er auf unzähligen ostdeutschen Marktplätzen redete, begrüßte er „besonders herzlich meinen politischen Gegner". Dann entwarf er ein Bild von Berlin als „einer der großen Metropolen dieser Erde". Die Stadt müsse „menschlich" sein und „kein Moloch". Er sprach die Ostdeutschen an, die ein „verbrecherisches System um die Früchte ihrer Arbeit gebracht" habe, und malte die Gefahr der „grünen Verweigerungsideologie" an die Wand.

Die etwa 4 000, die sich locker in der viel zu groß geratenen Polizeiabsperrung tummelten, klatschten. Hier war nur reingekommen, wer entweder CDU-Mitglied oder bereit war, sich kontrollieren zu lassen. Von den vielen tausend außerhalb der Absperrung zollten nur noch wenige dem Kanzler Beifall.

Helmut Kohl warb für seinen Berliner Parteifreund. Eberhard Diepgen müsse wieder Regierender Bürgermeister werden, er verdiene Vertrauen, sagte er. Diepgen selbst beschwor neun Tage vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus noch einmal die rotgrüne Gefahr. Die Grünen würden die „Hauptstadtfähigkeit" Berlins in Frage stellen , sie wollten eine „andere Republik", rief er über den Platz. „Wir wollen das nicht".

Wie schon vor ihm sein Parteikollege Klaus-Rüdiger Landowsky warnte Diepgen vor allzu großer Siegesgewißheit. Von den derzeit für die Union positiven Umfrage-Ergebnissen dürfe man sich nicht einlullen lassen.

Die Protestler außerhalb der Absperrgitter wurden mehr als eine Stunde lang nicht müde, ihr „Helmut raus" und „Alles Lüge" rauszuschreien. Am Rande der Veranstaltung kam es zu kleinen Rangeleien zwischen Demonstranten und der Polizei. „Helmut" focht das alles nicht an.

KPD/RZ INTERNATIONAL

AUSZUG AUS DEM PROGRAMM DER K.P.D. / R. Z.:

...Wir meinen, daß es an der Zeit ist, im Rund des Parlaments die Simme zu erheben und laut zu sagen: „So kann es nicht weitergehen!" (Präambel)

...Dies zu ermöglichen (...) ist unsere Aufgabe. (Politische Gegenwart und Zukunft)

Sa. 21.10. im Ex: Lesung mit N. Balestrini

Rave New World
Mit Ecstasy durchs Wunderland der 90er
Sehnsüchte, Ängste und Schwierigkeiten von Jugendliche der Technoszene

Videofilm auf Großleinwand

Der Film zeogt die Fasziantion von Techno und Ecstasy auf, macht Aussenstehenden begreiflich, weshalb diese Szene eine solch grosse Anziehungskraft auf Jugendliche ausübt, Bilder von Raves, Statements von Jugendlichen und Szenenkennern bringen den ZuschauerInnen Techno, Ecstasy und die Jugendkultur der 90er Jahre näher. Berichtet wird über die Masslosigkeit dieser Szene mit nie endenden Afterhours (Fortsetzungsparties, die morgens früh beginnen und oft bis in die Nacht dauern) und wie Jugendliche dann im SAlltag klarkommen. Ausführlich erzählen drei Jugendliche über ihre Grenzerfahrungen und wie sie diese Erlebnisse zu verarbeiten suchen.

Montag, 23.10. um 20.00
Veranstaltungsort: Cafe Cralle, Hochstädter Str. 10A10965 Berlin-Wedding
S/U-Bahn Leopoldsplatz

Anarchia- jenseits von rechts und links

Eine Betrachtung zur aktuellen Situation

Videocollage auf Großleinwand

Anarchie - verteufelt von allen bürgerlichen Bewegungen, bekämpft von allen totalitären Systemen, ist jedoch nicht tot zu kriegen.
Eine kleine Geschichtsbetrachtung zeigt die Wirrungen der anarchistischen Strömungen auf, erzählt von manchen Begebenheiten und dem ewigen Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung.
Der Hauptteil beschäftigt sich mit der aktuellen Situation der anarchistischen Strömungen in Berlin und den Möglichkeiten einzugreifen.

Dienstag, 24.10. um 20.00
Veranstaltungsort: El Locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

Anti - Psychiatrie

Diskussionsveranstaltung

Warum hört niemand von Medikamentenstreiks aus Psychiatrien, oder schafft Zwangsabspritzen und Zwangseinweisungen ab?

Aktive aus der Anti-Psychatrie-Bewegung

Mi. 25.10. um 20.00 Uhr

24.10.1995 20 Uhr

im Baobab

Mumia Abu Jamal

Informationen und Diskussion über die aktuelle Situation und die Kampagne

gegen das ‚legale Lynchen

VIDEOMAGAZIN
DIESMAL ÜBER
NICHTGESPRENGTE KNASTE,
AUTONOMEN TEKKNO,
MURREN IM WAGEN,
CHAOS IN HANNOVER,
UND UND UND

KINO IM K.O.B. zeigt:
Sa. 21.10. bis Fr. 27.10.
jeweils 20.30 Uhr und 21.30 Uhr
"Happy Birthday, Haftbefehl"
Das 150. Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift RADIKAL
BRD 1995, Medienwerkstatt Freiburg
K.O.B. Potsdamerstr. 157

EL LOCCO

DIE 13. VON AK KRAAK

20.10. VIDEOKINO ANSCHLAG 21.00 UHR (KREUTZIGER STR.)
20.10. EL LOCCO 21.00 UHR (KREUZBERGSTR.)
23.10. SCHREINERSTR. 47 21.00 UHR
26.10. SO 36 23.00 UHR
27.10. BESETZERCAFÉ MARCHSTR. 20.00 UHR
27.10. CAFÉ ANAL 20.00 UHR (MUSKAUER STR.)
19.10. KÖPI 21.00 UHR (KÖPENICKER STR. 137)

NIX gelernt...!!

19.10.95
18.00 UHR

Wittenbergplatz

Weiter so, HELMUT...

Der INFOLADEN BANKROTT lädt ein zur

SOLI-PARTY

- FÜR DIE SOFORTIGE FREILASSUNG VON RAINER UND ALLEN SEIT DEM 13.6. GEFANGENEN
- FÜR FREIE POLITISCHE KOMMUNIKATION UND DISKUSSION
- FÜR EINE FREIE UND *RADIKALE* WIDERSTANDSPRESSE
- WEG MIT DEN GESINNUNGS§§ 129 und 129a!

SABOT — radikal — INFO — Revolutionärer Zorn — Atom Express — ZENSUR — Wildcat — Radi Aktiv — Schwarzer Faden — Zusammen Kämpfen — Ecolinu

Samstag, 21. Oktober. 95

Regenbogensaal

Bremer Str. 54, Münster. Ab 20 Uhr

Aktuelle Infos zu den §§ 129/129a - Verfahren wegen radikal u.a. bekommt ihr jeden Mittwoch von 16 - 19 Uhr von der Schwarz Roten Hilfe, Scharnhorststr. 57, MS und Donnerstag, 19 - 23 Uhr im Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, MS.

Antifa - Tag heißt:

- Infos sammeln und austauschen
- Zeitungen und Zeitungen
- Solidarisch einkaufen
- 2 wöchentliche Rechtsberatung für Flüchtlinge
- 2 wöchentliche Veranstaltungen, Diskussionen oder Videos
- Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden

Antifa - Soliparty
27.10.95
ab 20 Uhr im Baobab

Musik into Tanz

Im Gespräch mit ZeitzeugInnen des antifaschistischen Widerstandskampfes

Freitag, 20.10., 19 Uhr

Liesl Jäger berichtet über ihre Zeit als eine der jüngsten Häftlinge im KZ Ravensbrück.

Gerhard Nindl, Vorsitzender des Intressenverbandes der VVN Berlin-Friedrichshain, berichtet über seine Erlebnisse als Angehöriger des Stafbataillons 999.

Größenwahn Kinzigstraße 9 Hinterhaus / U5 Bhf. Samariterstraße.

Der Film " Der Attentäter" wird am
22.10. ab 21 Uhr im Ex
2. 11. 19.30 Uhr in der Galerie Olga Benario
7.11. 20 Uhr im Baobab
8.11. 19 Uhr im Kino im Luftschutzkeller
gezeigt. In dem Film geht es um den Anschlag Herschel Grynspans auf einen deutsche Botschaftsangehörigen in Paris, der den Nazis als Vorwand für die Pogromnacht am 9.11.1938 diente.

Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen!
Für eine lebenswerte Zukunft ohne atomare Bedrohung!

Als Auftakt für den Einstieg in eine neue Phase der Auseinandersetzung um das Thema Atomenergie hier in Berlin findet einen Tag vor der Wahl, also am

21.Oktober 1995 ab 20 Uhr

eine große Benefizparty in der Kurfürstenstrasse 14 in Schöneberg statt. Dort befindet sich das Büro des Vereins „Aktiv gegen Strahlung" und das Berliner Anti-Atom-Plenum mit Pressearchiv, **Infotelefon** (Tel.: 030/2616252) und Veranstaltungsräumen.

Dabei wird es eine offizielle Einweihung der Außenstelle der „Freien Republik Wendland" geben, Pässe werden gegen Vorlage eines Wahlscheins oder Schülerausweises ausgegeben. Das originellste Mitbringsel der Deutschen Bahn AG wird prämiert und weitere phantasievolle Übungen.................

Also, kommt zahlreich!!!

ATOMKRAFT? NEIN DANKE